Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise: sporadisch | Internetz: http://www.figu.org | E-Brief: info@figu.org | 9. Jahrgang | Nr. 75 Juli/6 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

****

Laut ‹Allgemeine Erklärung der Menschenrechte›, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine ‹Meinungs- und Informationsfreiheit› vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte
Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der ‹Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens›, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

==========
==========

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

****

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

****

Und das bezüglich des Kontaktberichtes Nr. 855 vom 15. Juli 2023

Zum Verständnis ...

Billy ... weil der Erdling nicht tiefgründig über alles nachdenkt, was des Nachdenkens wirklich notwendig wäre, wie z.B. auch die Sache, die José aufgeworfen hat. Diese ist offenbar wieder in den falschen Hals jener gekommen, welche nicht logisch Denkende, sondern eben nur Scheindenkende sind, folglich wieder ‹in gutem Meinen› falsche Beurteilungen und auch neue Lügen und Behauptungen entstehen. Dies wird meines Erachtens auch sicher so sein mit dem, was du gesagt hast und was José gemailt hat, was im Internet veröffentlicht ist und beweist, dass die angeblich erste Mondlandung nie stattgefunden hat. Dies ebenso, wie auch das, was du gestern erklärt hast, nämlich bezüglich Fälschung der Tatsachen und der Bilder, die letztlich in ihrer ursprünglichen Machart auf die USA-Regierung und USA-Schattenregierung sowie die NASA zurückführen, um damit falsche Beweise zu schaffen. Das wird mit Sicherheit auch wieder durch Scheindenkende falsch und also missausgewertet, weil alles falsch verstanden und falsch ausgeschlachtet wird, folglich das Ganze ein neuerlicher Beweis der Falschheit der angeblich 1. Mondlandung ist.

Quetzal Dies wird wohl so sein.

Billy Eben, und der Scherz, wie mir Michael V. von Amerika aus telephonisch gesagt hat, wird eben sicher falsch interpretiert und als effectiver ‹Scherz› missgewertet. Es geschieht leider sehr oft, dass Gesagtes von den Erdlingen falsch verstanden und unverständlich geredet und gewertet wird, weil eben der eigentliche Sinn nicht erkannt und auch nicht verstanden wird. Wenn wir 2 z.B. miteinander reden, dann gebrauchen wir eine andere Sinnsprache, als dies bei den Menschen hier auf der Erde üblich ist, folglich dies und jenes dann missverstanden und dementsprechend falsch gedeutet wird. Dazu kann ich mir vorstellen oder wahrscheinlich gar bestimmt ausrechnen, dass auch das missverstanden wird, was du gestern explizit erläutert hast.

Quetzal Was ich gestern sagte, war klar und deutlich und nicht missverständlich, folglich ich mir nicht bewusst bin, dass etwas gesagt wurde, das nicht richtig war.

Billy Das sagst du nach deinem richtigen Verstehen, und deine Worte wurden ja auch exakt und also genau im Kontaktbericht wiedergegeben, wozu ich aber denke, dass die Menschen alles einfach ‹inhalieren›, ohne wirklich gross darüber nachzudenken, was eigentlich gesagt wurde. Sondern es erfolgt eben nur ein Scheindenken und damit auch ein Zustand des Nichtergründens, was Wirklichkeit ist, und so in diesem Fall, dass wirklich alles fingiert und ein Scherz, trotzdem aber kein ‹Scherz› ist.

Quetzal ? ? ?

Billy Das ist für dich offenbar Bömisch geredet, aber ich denke, dass das, was gesagt wurde und als Fälschung aus den Fälschungsmachenschaften der NASA, der US-Regierung sowie der US-Schattenregierung genannt wurde, eben kein Scherz ist, wie es Michael V. in falschem Verstehen genannt hat, sondern anderweitig in Wirklichkeit auf Wahrheit beruht, wie auch Weiteres, was aber nicht richtig durch die Gehirnwindungen der Erdlinge geht, wie mir bereits seit der Veröffentlichung von Josés Berichtauszug diverse Reaktionen aus aller Welt innerhalb von wenigen Stunden zugekommen sind. Logik ist eben nicht gerade die Stärke des Gros der Erdlinge, folglich durch ihr Scheindenken nur unwertige und gedankenverdrehte Eigeninterpretationen entstehen, die fern von dem sind, was grundsätzlich der Sinn des Ganzen ist. Dadurch entstehen nicht nur Missverständnisse, sondern auch recht handfeste Lügen und letztendlich gar noch Betrügereien. Dass leider vom Gros der Erdenmenschen umfänglich unlogisch gedacht wird, das geht ja schon als Beweis daraus hervor, was schon bezüglich Hitler angesprochen und nicht in Betracht gezogen wurde, dass verschiedene Aussagen auf verschiedenen Quellen beruhten und erst letztendlich durch das Tatsächliche richtiggestellt wurde.

Quetzal Das verstehe ich nicht, denn ein klares logisches und also verstandesgemässes sowie vernünftiges Denken ist doch immer die Voraussetzung dafür, dass Klarheit geschaffen wird, ehe Missverständnisse entstehen. Daher ist es in jedem Fall doch erforderlich, dass in eigenem Interesse etwas Gehörtes oder sonstwie in Erfahrung Gebrachtes gründlich durchdacht wird, damit eigens der wahre oder falsche Stand der Sache ergründet werden kann. Wird das durch ein wirkliches Selbstdurchdenken nicht getan, sondern nur durch ein Scheindenken, was auch einem Glaubensdenken entspricht, dann kann die effective Wahrheit nicht gefunden werden.

Billy Das ist wohl richtigerweise so, doch nicht für das Gros der Erdlinge, folglich mit Bestimmtheit auch nicht verstanden wird, was du gestern gesagt hast, dass alles, wie ich es jetzt sage, kein Scherz und doch ein Scherz ist. Ob allerdings verstanden wird, was damit gesagt wird, das bezweifle ich, denn die Reaktionen auf die Veröffentlichung von Josés Internetauszug beweisen mir das Gegenteil. Wirkliches Denken oder nur Scheindenken sind eben zweierlei. Und dass St. K. schon vor über 20 Jahren ermordet wurde, was als Herzversagen oder so ‹erklärt› wurde, das hatte ja für gewisse Leute so seine Gründe, folglich das Ganze erst dann zu verstehen sein wird, wenn alles Diesbezügliche ergründet ist.

Quetzal Das wird von uns getan, wonach ich dir dann alles erklären kann …

Billy … was mich aber nicht interessiert, denn es ist ja schon genug damit geschehen, dass bereits durch Josés E-Mail und dessen Veröffentlichung ein Theater entstanden ist, weil anstatt des richtigen Denkens nur scheingedacht wird und damit Missverständnisse in die Welt gesetzt werden, die durch ein klares Denken hätten vermieden werden können. Dass die gefakten Filmsequenzen keine Fälschung resp. kein Scherz, aber richtigerweise doch eine Fälschung resp. ein ‹Scherz› sind, das will ich nicht erst plausibel zu erklären suchen, denn es wird durch die Rechthabenwollenden und von irren und der Dummheit verfallenen Besserwissern doch nicht verstanden, und zudem werden daraus neuerliche Lügen konstruiert und weltweit verbreitet, die dann von ebenfalls Dummen angenommen und geglaubt werden. Das ist beim Gros der Erdlinge leider das Übliche, weshalb es wohl besser ist, nicht mehr darüber zu reden und einfach alles

bei dem Falschen und doch Richtigen unerklärt zu lassen, so also auch bei den Lügen und dem Betrug, wie diese sich immer ergeben und wie sich damals tatsächlich alles abgespielt hat. Es nützt ja sowieso nichts, wenn etwas der vollen Wahrheit und diesbezüglich Entsprechendes gesagt wird, denn dann wird dieser nicht nur alleweil vehement entgegengesprochen und mit blöden und unbedachten und womöglich mit Schaden anrichtenden Demonstrationen reagiert, sondern es wird alles – das Falsche oder Richtige – teils gar mit Wut, Fanatismus, Schlägerei und Zerstörung verfechtet und gar mit Mord und Totschlag. Das beweist sich ja auch bei den radikalen, kranken und irren ‹Umweltschutzaposteln›, wie auch die Demonstranten um Greta Thunberg und die fanatischen und kriminellen der von einer Milliardärin finanzierten ‹Letzte Generation› das beweisen, wobei diese mehr Schaden als Nutzen anrichten und Unheil heraufbeschwören, als dass Nützliches bewirkt wird. All die Idioten und ungebildeten, dummen und scheindenkenden Befürworter und Mitläufer beiderlei Geschlechts, die sich vehement und nichtsdenkend an den Machenschaften dieser kriminellen Umweltschützer-Demonstranten begeilen, kräftig mitmischen oder einfach deren Demonstrationen befürworten, schnallen die Wahrheit nicht. Die nämlich, dass die Überbevölkerung an allem schuld und das allgrösste Übel ist. In ihrer Dummheit verstehen sie nicht, dass allein die Massnahme der sehr schnellen Reduzierung der Erdenmenschheit Nutzen und Rettung bringen kann, und zwar durch eine krasse Reduzierung der Menschheit weit unter 1 Milliarde Weltbestand der Menschheit. Dies allein ist das, wie eben, dass nur durch einen weltweiten und mehrjährigen sowie behördlich kontrollierten Geburtenstopp ermöglicht werden kann, dass die Erde und all ihr vielfältiges Leben weiterexistieren kann. Allein dadurch wird in der Natur verhindert, dass Jahr für Jahr über rund 1500 Gattungen und Arten Lebensformen völlig und auf immer ausgerottet werden, so Pflanzen, Tiere, Getier und andere Lebewesen aller Gattungen und Arten. Dies geschieht allein durch die Machenschaften aller Art, durch die Industrie, die Firmen und Konzerne, durch die alles mit Giften zerstörende Landwirtschaft und Grossanbaugärtnereien, die giftausbringenden Privatgartenbetreiber und sonstigen Giftverstreuer, die Behörden mit allerlei Unkrautgiften und anderen Giften zum ‹Wohle der Menschheit› und, und, und … Firmen, Konzerne, Landwirtschaften und Private usw. vergiften die Atmosphäre und die ganze Welt, brennen Wälder und Dürrflächen ab und verpesten damit die Atmosphäre und damit die Atemluft für Mensch, Tier, Getier, die Vögel und alle Lebensformen überhaupt. Und es wird die Erde ausgebeutet und ihr die letzten Reserven ihrer Ressourcen geraubt, die nicht nur bald zu Ende sind, sondern auch durch die Ausbeutung den Planeten schwächen und ihn bereits derart geschädigt haben, dass er nicht mehr seinen normalen Kurs einhalten kann. Auch die Atmosphäre ist bereits derart vergiftet und zudem in ihrer natürlichen Funktion beeinträchtigt, dass sie das Klima gewandelt hat, was zukünftig verheerende Naturkatastrophen bringen wird, die der Erdling nicht mehr unter Kontrolle bringen kann. Er hat die ganze Natur und die gesamten Ökosysteme bereits derart zerstört und teils vernichtet, dass sie sich nur sehr schwerlich wieder regenerieren oder für alle Zeit vernichtet sind. Der Erdling hat um des Geldes willen und dessen Reichtums willen und durch seine Machenschaften zum Leben und für seine Bedürfnisse und Wünsche sowie dessen Luxus usw. die Erde auf ihrer Oberfläche und bis in grosse Tiefen ihres Inneren richtiggehend ausgeräubert und zerstört. Folglich ist von den Erdschätzen nicht viel Nützliches mehr übriggeblieben. Selbst viele Gattungen und Arten von Tieren, Getier und anderen Lebensformen wurden durch gewissenlose Jäger und sonstige Personen bedenkenlos und ohne Pardon abgeknallt und ausgerottet, die behaupteten und noch immer behaupten, dass sie dadurch den Wildbestand regulieren würden. Das aber ist nur idiotisches Erdlingsscheindenken, denn die Lebewesenwelt der Natur und damit der Wildnis – wo ist diese heute überhaupt, wo doch alles von Menschen überschwemmt ist und er sich die Frechheit nimmt, selbst über der Natur und all ihrem Leben zu stehen? – reguliert sich seit dem Bestehen der Erde selbst. Doch der Mensch hat die Erde rundum in all ihrem Existierenden völlig zur Sau gemacht und ist nun auf dem Weg, den Rest, der noch verblieben ist, auch noch zu zerstören und dadurch den Planeten Erde vollkommen zu vernichten und alles auszurotten. Sfath und ich haben gesehen, was sich ergeben wird, denn jetzt ist es soweit, dass sich das Gesehene erfüllen und die Erde endgültig, gewissenlos und gedankenlos auf den Weg des Untergangs getrieben wird. Dies nämlich darum, weil die Zeit gekommen ist, da nun die Wasser ausgeräubert werden, – tief bis auf den Grund der Seen, sonstigen Gewässer, der Flüsse, Bäche und Meere. Doch die Lebensformen aller Gewässer werden sich dagegen wehren. Nebst dem, dass sie sich in riesigen Massen überproduzieren werden, ist die Zeit angebrochen, da sich die Wildnislebewesenwelt gegen die Menschheit richten wird. Landtiere und Getier usw. wird sich gegen das Eindringen der Menschen in den Wildnisraum immer mehr zur Wehr setzen und die eindringenden Menschen töten. Dies, wie es die Lebewesen der Gewässer immer mehr und mehr tun werden, insbesondere in den Meeren, wo Menschen von Wassertieren, Wassergetier und vielen anderen Wasserlebewesen angegriffen, getötet und gar Schiffe zerstört und versenkt werden. Dabei werden auch Meereslebewesen sein, die sich eigenständig und ohne Sexpartner selbständig im Übermass vermehren. In grosser Zahl werden millionenweise Meereslebewesen sich vermehren und die menschlichen technischen Errungenschaften in den Gewässern angreifen und sie unbrauchbar machen. Dies, wie viele bisher noch unbekannte und teileweise unheilbare Krankheiten den Erdenmenschen befallen werden, und zwar durch bisher unbekannte Bakterien und Viren aus den Tiefen der Wasser der Meere und von den Meeresgründen resp. den Meeresböden, die aufgewühlt, erbrochen und deren Ressourcen vom Erdling ausgebeutet werden.

Dabei werden die Meeresgründe zerstört, wobei sich auch viel Grundeis löst und an die Oberfläche treibt, kontaminiert mit Methangas, das sich bei grosser Sonnenhitze gar selbst entzünden und brennen kann, wodurch dann auf der Erdoberfläche Unheil angerichtet wird, vielleicht, dass dadurch Wälder angezündet werden, und zwar nebst dem, dass das Gas in die Atmosphäre gelangt und schon dadurch viel Schaden verursacht und negativen Einfluss auf das Klima ausübt.

Warum sind sich die Russen einig und erkennen immer mehr, dass der Westen ihr Land zerstören will

uncut-news.ch, Juli 11, 2023

Es wird kein Zurück zum Stand der Dinge vor 2022 geben. Der von den USA geführte Block hat Moskau zu weit getrieben.
In Russland setzt sich zunehmend die Auffassung durch, dass das Ziel der USA – und des von ihnen angeführten ‹kollektiven Westens› – darin besteht, eine ‹Endlösung› der ‹russischen Frage› zu erreichen. Es wird angenommen, dass die Ziele darin bestehen, Russland zu besiegen, sein militärisches Potenzial zu zerstören, seine Staatlichkeit umzustrukturieren, seine Identität umzugestalten und es möglicherweise als Staat in seiner derzeitigen Form zu beseitigen.
Lange Zeit blieb diese Sichtweise am Rande des aussenpolitischen Denkens. In den letzten anderthalb Jahren hat sich jedoch vieles geändert. Heute ist diese Auffassung von den Zielen des Westens zum Mainstream geworden. Sie erscheint in der Tat recht rational, wenn man sie in den richtigen Kontext stellt.
Inzwischen verfolgt Russland selbst eine ähnliche Politik gegenüber dem ukrainischen Staat, dessen Existenz in seiner früheren Form und in seinen früheren Grenzen in Moskau als eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung angesehen wird.
Die historische Erfahrung des letzten Jahrhunderts zeigt, dass die totale Niederlage eines Feindes und der anschliessende Wiederaufbau seiner Staatlichkeit in der aussenpolitischen Praxis eher die Regel als die Ausnahme ist. Dies ist ein wichtiger Unterschied zu den Konflikten des 18. und 19. Jahrhunderts, als die militärische Niederlage des Gegners als eine Möglichkeit angesehen wurde, ihm Zugeständnisse abzuringen, nicht aber, seine Grundlagen wieder aufzubauen.
Die Erfahrungen des 20. und 21. Jahrhunderts sind nicht immer linear, aber ihre Wiederholung ist offensichtlich. Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg führte zu einer spürbaren Umgestaltung seiner Staatlichkeit, die eher durch innere Widersprüche bestimmt war, die aus dem militärischen Verlust erwuchsen.
Die Kapitulation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatte weitaus radikalere Folgen. Das Land wurde geteilt, seiner aussenpolitischen Autonomie beraubt und fast vollständig neu aufgebaut. Die militärische Niederlage und die anschliessende Besatzung führten auch zu einer Neuformatierung der anderen Grossmächte, Japan und Italien. Die Sowjetunion war als Siegerland ein wichtiger Akteur bei der Lösung der ‹deutschen Frage›. Die UdSSR war auch aktiv an der Errichtung sozialistischer Regime in den von der Nazi-Besatzung befreiten Ländern beteiligt.
Der anschliessende Kalte Krieg erschwerte diese Neuordnung. Jeder Versuch stiess auf den Widerstand des Westens. Manchmal endete die Schlacht mit einem Unentschieden, wie in Korea. Manchmal behielt die Sowjetunion die Oberhand – sie trug beispielsweise dazu bei, den USA in Vietnam eine schmerzhafte Niederlage zuzufügen. In anderen Situationen waren die USA erfolgreich, zum Beispiel bei der Unterstützung der antisowjetischen Kräfte in Afghanistan.
Der Zusammenbruch der Sowjetunion gab Washington freie Hand. Trotz Moskaus Rhetorik, dass der Kalte Krieg mit einem Sieg für beide Seiten geendet habe, sah die Realität anders aus.

Viele der ehemals sozialistischen Länder wurden mit aktiver Hilfe neuer lokaler Eliten und breiter öffentlicher Unterstützung rasch in die euro-atlantischen Strukturen integriert. Russland selbst verkündete lautstark seinen Wunsch, in die ‹zivilisierte Welt› zurückzukehren. Dem kollektiven Westen unter Führung der USA wurde ein Freibrief für die Neugestaltung eines riesigen Gebiets erteilt, das sie nicht zu Unrecht als Ergebnis ihres unblutigen Sieges über die Sowjetunion betrachteten.
In Ermangelung eines Gegengewichts führten die USA mehrere Militärinterventionen durch, die auch zu einer völligen Umstrukturierung der Zielstaaten führten. Jugoslawien brach auseinander. Der Irak wurde besetzt, sein Führer hingerichtet und sein Regierungssystem umgestaltet. Es gab aber auch Misserfolge. In Afghanistan verwandelte sich ein schneller Sieg in einen hartnäckigen Guerillakrieg und einen anschliessenden demütigenden Rückzug. Eine militärische Intervention im Iran kam nicht zustande, obwohl sie geplant war. Nordkorea wurde zu einer Atommacht, was die Wahrscheinlichkeit einer Invasion von aussen drastisch reduzierte. Erfolgreiche Interventionen der USA erregten den Unmut Moskaus, der sich jedoch bis zu einem gewissen Punkt nicht in konkreten Massnahmen niederschlug. Innenpolitisch wurden umfangreiche westliche Investitionen, eine enge humanitäre Zusammenarbeit und das Interesse der russischen Gesellschaft am Westen bis Ende der 2010er Jahre gefördert oder zumindest nicht verurteilt.
Gleichzeitig führten zwei Trends zu anhaltender und wachsender Irritation bei den russischen Behörden. Der erste war der zunehmend sichtbare Versuch westlicher Länder, den Staat zu umgehen und einen direkten Dialog mit der russischen Öffentlichkeit zu führen. In diesem Paradigma wurde eine ‹gute› Zivilgesellschaft gegen eine ‹schlechte› Regierung ausgespielt. Die wachsende und verständliche Verärgerung Moskaus wurde durch die Vorstellung ausgelöst, dass Russland ein ‹Regime› habe. Es wurde angedeutet oder sogar direkt gesagt, dass der Westen die Zivilgesellschaft irgendwie der Regierung gegenüberstellte und sie nicht als Teil der gleichen politischen Gemeinschaft betrachtete. Je bewusster und demonstrativer die westlichen Staaten diesen Ansatz verfolgten, desto mehr stiess er in Moskau auf Widerstand.
Im Westen wurde ein solcher Ansatz auf die wahrgenommenen Defizite der Demokratie in Russland zurückgeführt, was die Irritation nur noch verstärkte.
Die russischen Behörden wollten sich eindeutig nicht auf externe Beurteilungen ihrer Staatsbildung verlassen. Dies gilt umso mehr, als nicht nur die reifen Demokratien, sondern auch die osteuropäischen und baltischen Länder mit ihrem Strauss historischer Missstände und Komplexe zunehmend den Nenner solcher Bewertungen bildeten. Die Erfahrungen mit den ‹farbigen Revolutionen› im postsowjetischen Raum haben Moskaus Befürchtungen nur noch verstärkt. In Georgien, Kirgisistan und der Ukraine erhielten die öffentlichen Proteste die volle moralische, politische und sogar materielle Unterstützung westlicher Länder, während die Behörden oft dämonisiert wurden.
Revolutionäre Machtwechsel, selbst im Interesse von Demokratisierung und Entwicklung, wurden in Moskau zu Recht als Herausforderung empfunden. Innerhalb der russischen Elite herrschte ein starker Konsens darüber, dass der Aufbau des Staates nur durch eigene Anstrengungen erfolgen sollte und konnte. Jede Form der Einmischung von aussen war inakzeptabel. Dieser Konsens begann sich Mitte der 1990er Jahre herauszubilden, und am Ende der ersten Amtszeit von Wladimir Putin war er zu einem klaren politischen Standpunkt geworden.
Der zweite Trend, der sich erheblich auf die Veränderung der russischen Haltung auswirkte, hing mit der Politik der USA und der EU im postsowjetischen Raum zusammen. Russland hat die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die westlichen Strukturen geschluckt, da es sie wahrscheinlich als Gift für sich selbst ansieht. Entgegen dem im Westen verbreiteten Klischee, das Moskau den Wunsch nach einer Wiederherstellung der UdSSR unterstellt, waren die tatsächlichen Ziele weit von imperialen Ambitionen entfernt.
Russland war nicht daran interessiert, eine weitere grosse imperiale Last auf sich zu nehmen, die lokalen Eliten zu ernähren und sich die Loyalität der Bevölkerung zu erkaufen. Es war mit der Neutralität der ehemaligen Sowjetrepubliken und sogar mit der Zusammenarbeit mit den USA im postsowjetischen Raum zufrieden, vorausgesetzt, diese Zusammenarbeit erfolgte auf gleicher Augenhöhe. Anfang der 2000er Jahre hatte Moskau nichts gegen die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien einzuwenden und half dann lange Zeit bei der Versorgung der westlichen Gruppierung in Afghanistan. Aber Moskau war kategorisch unzufrieden mit der Aussicht auf westliche Projekte ohne russische Beteiligung. Vor dem Hintergrund von Wladimir Putins aktiver Diplomatie zum Aufbau konstruktiver Beziehungen mit den USA und der EU an allen Fronten blieb die Hoffnung, dass das Gebiet der ehemaligen UdSSR ein neutrales Feld der Zusammenarbeit bleiben würde.
Aber es wurde allmählich klar, dass es immer weniger Inklusivität gegenüber Russland geben würde. Die bereits erwähnten ‹farbigen Revolutionen› waren ein weiteres Alarmsignal. Die wachsenden Bedenken der russischen Führung wurden diskutiert, aber jedes Mal wurden sie von den westlichen Partnern höflich abgetan. Offenbar sah der Westen einfach keine Notwendigkeit, die Interessen Russlands zu berücksichtigen. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in den 1990er Jahren, einer massiven Abwanderung von Fachkräften, einer Reihe von internen Konflikten, ausufernder Kriminalität, Korruption, Kapitalflucht, dem unter

dem sowjetischen Führer Leonid Breschnew begonnenen Übergang zum Status eines Rohstoffanhängsels, einer sinkenden Geburtenrate, Alkoholismus und einer übermässig hohen Sterblichkeitsrate wurde Russland kaum als ernsthafter Konkurrent wahrgenommen.
Auch die lokalen Interessen einiger postsowjetischer Eliten, die politisches Kapital daraus schlugen, dem Westen die ‹russische Bedrohung› zu verkaufen, spielten eine Rolle.
Die Unterschätzung des Willens der russischen Führung, die Staatlichkeit wiederherzustellen und ein Nullsummenspiel im postsowjetischen Raum zu vermeiden, war eine grosse Fehleinschätzung. Mit jeder neuen Krise versäumte es der Westen, die reale Möglichkeit von Worst-Case-Szenarien in Betracht zu ziehen, in denen Russland seine Interessen mit Gewalt durchsetzen würde, was zu einer Gegenoffensive gegen die Versuche der Reformierung der postsowjetischen Staaten führen würde. Die erste ernsthafte Krise war der fünftägige Krieg mit Georgien, in dem die russische Seite nicht nur gewaltsam auf einen Angriff auf ein Friedenskontingent reagierte, sondern auch die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens anerkannte. Der Westen hatte die Weitsicht zu erkennen, dass die georgische Führung grosse Fehler gemacht hatte, und die Krise mit Russland zu entschärfen. Der Preis dafür war jedoch der Präzedenzfall einer De-facto-Grenzrevision.
Auf eine weitere ukrainische Revolution in den Jahren 2013–2014 reagierte Moskau schnell mit dem ‹Krim-Frühling› und dann mit der Unterstützung des Widerstands im Donbass. Die Minsker Vereinbarungen liessen die Möglichkeit einer relativ einfachen Lösung der Krise offen. Die harte und entschlossene Linie Russlands hatte jedoch im Westen bereits Alarm ausgelöst.
Infolgedessen wählte der von den USA geführte Block einen Weg der Eindämmung und der Opposition gegenüber Moskau. Die westlich-russischen Beziehungen im postsowjetischen Raum und insbesondere in der Ukraine entwickelten sich schliesslich zu einer regelrechten Rivalität, und die Minsker Vereinbarungen wurden später von einigen westlichen Führern offen als blosses Manöver zur Vorbereitung eines neuen Kampfes bezeichnet. Die russische Unterstützung für die syrische Regierung hat gezeigt, dass Moskau bereit ist, ‹Social Engineering› auch ausserhalb des postsowjetischen Raums zu behindern.
Trotz der Erwartung einer neuen Krise wurde das Szenario einer gross angelegten Militäroperation gegen die Ukraine von vielen, auch in Russland selbst, für unwahrscheinlich gehalten. Moskau war tief in die westlich orientierte Weltwirtschaft eingebettet. Die Handelsverflechtung mit der EU blieb hoch. Westliche Werte wurden in Russland nicht abgelehnt, auch wenn bestimmte gesellschaftliche Phänomene und Bewegungen als Affront gegen die traditionellen Werte kritisiert wurden. Für Moskau blieb die Sicherheit seiner westlichen Grenzen das wichtigste Thema. Offenbar gingen die russischen Behörden davon aus, dass eine allmähliche Militarisierung sowohl der Ukraine als auch der Ostflanke der NATO unvermeidlich sei und dass es zu einem ungünstigen Zeitpunkt zu einer militärischen Krise kommen würde. Der Neonazismus war in der Ukraine nicht weit verbreitet und genoss keine breite Unterstützung in der Bevölkerung, aber die Duldung radikaler Bewegungen durch die Kiewer Behörden wurde in Russland stark beanstandet.
Die Entscheidung, eine präventive Militäroperation zu starten, war ein Wendepunkt, der die Rivalität radikal verschärfte. Der darauffolgende militärische Konflikt hat das Erbe der postsowjetischen Zeit weitgehend zunichte gemacht.
Es wird keine Rückkehr zur Realität des Jahres 2021 geben. Es ist klar, dass Russland alles tun wird, um den neuen territorialen Status quo zu schützen und das militärische Potenzial der Ukraine so weit wie möglich zu untergraben. Klar ist auch, dass der Westen alles tun wird, um Russland zu schwächen, und dass er, wenn die Umstände stimmen, auch die internen Probleme zu seinem Vorteil nutzen wird.
Es bleibt die Frage, wie die gegenwärtige Krise enden wird.
Eine politische Lösung für den russisch-ukrainischen Konflikt ist derzeit nicht in Sicht. Die Nachhaltigkeit eines Friedensabkommens, selbst wenn es zustande kommt, ist höchst fraglich. Der Westen befürchtet eine abrupte militärische Eskalation und einen Krieg mit Russland, der schnell zu einem nuklearen Schlagabtausch führen könnte. Eine schrittweise direkte militärische Beteiligung der NATO an dem Konflikt ist jedoch nicht auszuschliessen.
Die Aussicht auf innere Unruhen in Russland wird in den westlichen Medien breit diskutiert und analysiert. Bislang haben sich solche Ansichten eindeutig nicht in offiziellen Stellungnahmen niedergeschlagen. Es dürfte jedoch nur eine Frage der Zeit sein, bis aus den Überlegungen von Analysten und populistischen Äusserungen einzelner Politiker eine offizielle Position wird. Unruhen in einer grossen Atommacht bergen grosse Risiken. Im Westen werden sie jedoch möglicherweise als weniger schwerwiegend wahrgenommen als eine direkte militärische Konfrontation. In der Zwischenzeit könnte eine innenpolitische Explosion Russland für lange Zeit ausser Gefecht setzen und das Land zwingen, sein gesamtes System zu reformieren. Bei einer solchen Entwicklung wird die Bewahrung der russischen Staatlichkeit und Souveränität wieder zum Hauptthema eines jeden Konflikts.
Auch die Staatlichkeit der Ukraine steht auf dem Spiel. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie aus der gegenwärtigen Krise mit verminderten Kapazitäten, beschnittenen Grenzen und völliger Abhängigkeit von externen Kräften hervorgeht.

Die USA sind in einer besseren Position. Sie waren in der Lage, ihre Verbündeten vor dem Hintergrund der Krise zu disziplinieren und haben Risiken für ihren eigenen Status. Allerdings sind sie bereits in eine Rivalität mit China eingetreten und befinden sich in einer Situation der doppelten Abschreckung. Ein russischer Sieg in der Ukraine, verbunden mit einer Stärkung der Beziehungen zwischen Moskau und Peking, wäre für die USA eine grosse strategische Herausforderung.

Von Iwan Timofejew, Programmdirektor des Valdai-Clubs und einer der führenden Aussenpolitikexperten Russlands.
QUELLE: WHY ARE RUSSIANS UNITED, INCREASINGLY RECOGNIZING THAT THE WEST WANTS TO DESTROY THEIR COUNTRY – IVAN TIMOFEEV
ÜBERSETZUNG: LZ
Quelle: https://uncutnews.ch/warum-sind-sich-die-russen-einig-und-erkennen-immer-mehr-dass-der-westen-ihr-land-zerstoeren-will/

Verbreitung der Corona-Propaganda durch staatlich bezahlte Journalisten und PR-Agenturen

Hwludwig, Veröffentlicht am 11. Juli 2023

Es ist auf diesem Blog in aller Breite berichtet worden, wie in der Corona-Plandemie die Parteien-Oligarchie zahlreiche noch vorhandene demokratische Standards verlassen und diktatorische, ja totalitäre Verhältnisse geschaffen hat. Dazu gehört auch, dass die Kontrollfunktion der Medien ausser Kraft gesetzt wurde – ein Zeichen aller totalitären Staaten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die grossen Printmedien sind vollends zu Propaganda-Lautsprechern der buchstäblich über Leichen gehenden Pharma-Interessen-Politik des Staates degeneriert. Der österreichische Alternativ-Sender AUF1 hat nachfolgend noch weitergehende finanzielle Verflechtungen von Regierung, Journalisten und medialen Werbe-Agenturen zusammengefasst. (hl)

Hunderte Millionen Euro Steuergelder für Journalisten und Corona-Kampagnen1

AUF1-Sprecherin:

Und wir kommen zu den finanziellen Verflechtungen von Politik und Medien. Letztere haben in Demokratien angeblich eine Kontrollfunktion, die für unser Staatswesen unerlässlich sei. Für Systemgläubige ist es so nichts als eine krude Verschwörungstheorie, dass Journalisten auf der Gehaltsliste der Bundesregierung oder sogar der Geheimdienste stehen könnten, oder dass Pressevertreter und PR-Agenturen die staatliche bezahlte Corona-Panik und -Hetze verbreiten, um den Bürgern eine Gehirnwäsche zu verpassen. Und doch ist genau das alles andere als eine Verschwörungstheorie. Mehr dazu im folgenden Beitrag:

Sprecher:

Schon im März 2023 wurde aufgedeckt, dass in den letzten 5 Jahren und von verschiedenen Bundesministerien für Moderationen, Texte oder Vorträge ca. 1,5 Millionen Euro an Journalisten geflossen sind. Insbesondere GEZ-Journalisten bei den Öffentlich-Rechtlichen haben von diesem Geld profitiert.2 Dabei beruht diese Korrumpierung der Medien auf Intransparenz. Mehr noch, die Bundesregierung pocht bei der Bezahlung von Pressevertretern auf Steuerzahler-Kosten darauf, dass das Gebot der Staatsferne beachtet werde und dadurch eine Einflussnahme auf die journalistische Arbeit ausgeschlossen sei. Doch wird wirklich der Hofberichterstatter weniger wohlwollend über die Politikerkaste schreiben, obwohl sie gerade von diesen fürstlich entlohnt werden?

Letztlich bedeutet diese staatliche Geschäftsbeziehung zu deutschen Medienakteuren nichts anderes als eine Gefährdung der Demokratie. Denn die erforderliche Distanz ist Makulatur, wird so schliesslich ausgehöhlt und unterwandert. Dementsprechend lehnt es die Regierung halt auch ab, Klarnamen jener zu veröffentlichen, die von ihren üppigen Honoraren profitieren. Schlimmer noch: Selbst der Bundesnachrichten-

dienst (BND), der deutsche Auslandsgeheimdienst, zahlte Vergütungen an Journalisten. Darüber informierte die Bundesregierung bereits im März 2023. Aus Gründen des Staatswohls dürfe die Öffentlichkeit jedoch nicht erfahren, um welche Medienleute es sich handle und wie hoch die Zahlungen seien. Die Zusammenarbeit des BND mit Medienleuten sei besonders schützenswert und müsse absolut vertraulich behandelt werden.
Wer jetzt denkt, es könne nicht schlimmer kommen, der täuscht sich gewaltig. Denn jüngst wurde bekannt, dass die Regierung auch die Corona-Angst finanzierte.3 Allein das Bundesministerium für Gesundheit gab im Zusammenhang mit Corona 2020 über 45,8 Millionen Euro aus. 2021 waren es über 140 Millionen und 2022 mehr als 110 Millionen Euro. Hinzu kamen rund 9,9 Millionen Euro, die das Bundespresse- und Informationsamt in die Werbung für die Corona-Warn-App steckte, plus rund 4 Millionen in Informationen und Kampagnen zum Corona-Virus. Dabei handelt es sich allerdings nur um die reinen Zeitkosten ohne Agentur-Honorare und ohne Kreationskosten.
Zu den grössten Profiteuren gehört die Medien-Agentur ‹Carat Deutschland›. 2020 und 2021 erhielt sie den Zuschlag für über 175 Millionen Euro für die sogenannte Corona-Kommunikation. Ein weiterer Nutzniesser des staatlichen Geldsegens zur Etablierung des Corona-Wahns ist die ‹Mediaplus Gruppe›. Im Jahr 2022 bekam sie 107 Millionen Euro ebenfalls als Zeitkosten für Corona-Kommunikation. Plaziert wurde die Regierungs-Panikmache auf allen Kanälen, also im TV, in den Printmedien, online, im Radio, in der Aussenwerbung und im Kino. Selbst Influencer wurden von der Regierung finanziert und regelmässig von beauftragten Medien-Agenturen geprüft, etwa um auf Social-Media die Corona-Warn-App schmackhaft zu machen oder den Slogan ‹Lass Dich impfen› zu verbreiten.

Fazit:

Die Bundesregierung zahlt mit staatlichen Geldern Journalisten. Andere wiederum stehen auf der Gehaltsliste des Geheimdienstes. Ebenso wurden die Medien gekauft, um die Corona-Panik unters Volk zu bringen, damit die Bürger- und Freiheits-feindlichen Regierungsmassnahmen hoffähig gemacht wurden.

1 https://auf1.tv/nachrichten-auf1/nachrichten-auf1-vom-22-juni-2023
2 https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-937200
3 https://dserver.bundestag.de/btd/20/004/2000403.pdf

Quelle: https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/07/11/verbreitung-der-corona-propaganda-durch-staatlich-bezahlte-journalisten-und-pr-agenturen/

Rede von Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren!
Sie haben aus Deutschland ein Land gemacht, das sich aus der Riege der ernstzunehmenden Nationen verabschiedet und als Industrieland abschafft. Ihre Energie-, Wirtschafts- und Migrationspolitik wird vom Rest der Welt nur noch als abschreckendes Beispiel gesehen. Selbst für unsere nominellen Verbündeten sind wir vor allem Geldautomat und Waffenlieferant in ein Kriegsgebiet, während unsere eigene Armee die Fähigkeit zur Landesverteidigung verloren hat. Warum sollten andere auch Respekt haben vor einer Regierung, der man ohne Aufbegehren die vitale Infrastruktur wie die Nord-Stream-Erdgasleitung vor der Nase wegsprengen kann? (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Und wenn demnächst auch kein russisches Erdgas auf dem Landweg mehr kommt, weil die Ukraine die auslaufenden Transitverträge nicht verlängern will, dann – erklärt uns der Bundesminister der Deindustrialisierung und Wirtschaftszerstörung – müssten wir eben bei uns die Industrie herunterfahren, damit in den Nachbarländern keiner frieren muss. Herr Habeck, der bei der Nationalhymne den Mund zusammenkneift, signalisiert uns damit klar und deutlich: Seine Politik dient weder diesem Land noch seinen Bürgern. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Er sagt es ja selbst: Er kann – ich zitiere – ‹mit Deutschland› nichts ‹anfangen› und findet die Liebe zu diesem Land, dessen Bürger ihn übrigens bezahlen, – O-Ton – «zum Kotzen». Und so sieht seine Politik auch aus. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Das von Herrn Habecks Lobbyistentruppe ausgeheckte Heizungsgesetz ist dafür der beste Beweis. Auch mit ein paar Umdekorationen bleibt dieses Gesetz ein Frontalangriff auf das Eigentum der Bürger. Ihr grosser Plan, der grosse Sprung nach vorne, die grosse Dekarbonisierung, würde unsere Volkswirtschaft nach Berechnungen des Thermodynamikers André Thess 10 Billionen Euro bis 2045 kosten – Billionen, mit ‹B› –, rund 500 Milliarden Euro pro Jahr.
Sie zwingen das energieintensive produktive Gewerbe zur Abwanderung oder direkt in die Insolvenz – ein Begriff, mit dem Herr Habeck auch nichts anzufangen weiss. Und Sie treiben die Automobilindustrie durch Ihre E-Auto-Planwirtschaft in den Selbstmord. Woher der zusätzliche Strom für Wärmepumpen und E-Autos kommen soll, weiss niemand. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Und das alles für eine grüne groteske Ideologie ohne Rückbindung an die Realität. Denn für die weltweiten CO2-Emissionen wird weder das Heizungsverbotsgesetz noch die von Ihnen vorangetriebene Deindustrialisierung

Deutschlands einen Unterschied machen. Erzählen Sie also nichts vom Klimaschutz! Denn sonst müssten Sie Kernkraftwerke bauen und nicht abschalten. (Beifall bei der AfD) Den Strom, der durch die Abschaltung der drei letzten modernen deutschen Kernkraftwerke fehlt, importieren Sie jetzt aus alten französischen Klapperkraftwerken. Was für eine Absurdität! Ihre grüne Transformation nützt weder den Bürgern, noch rettet sie das Klima oder den Planeten. Wohl aber profitieren von dieser Umverteilung von unten nach oben die Lobbyisten, die diese Regierung fest im Griff haben. Bei der Vetternwirtschaft im Wirtschaftsministerium hätte Herr Habeck bei jeder normalen Regierung längst den Hut nehmen müssen. (Beifall bei der AfD) Sie betreiben damit die Spaltung der Gesellschaft. Sie wird noch verschärft durch die aus dem Ruder gelaufene Armutsmigration, die diese Regierung weiter anheizt. Selbst wenn auf EU-Ebene ein bescheidener Kompromiss gefunden wird, um den Asylansturm wenigstens etwas einzudämmen, haben Ihre Minister nichts Besseres zu tun, Herr Scholz, als diese Minimallösung sofort zu sabotieren. Sie senden weiter Einladungssignale zum Zuzug in die Sozialsysteme: Wer kommt, wird voll versorgt, muss keine Abschiebung fürchten und darf auf eine schnelle Einbürgerung spekulieren. Die Bundesinnenministerin Britta Haßelmann verweigert trotz aller Hilferufe aus den überforderten Kommunen effektive Grenzkontrollen. Auch so macht diese Regierung Deutschland zum Aussenseiter Europas. Die Lasten tragen die Bürger. Sie zahlen den Preis, wenn der öffentliche Raum zur No-go-Area wird und brutale Messergewalt und Sexualdelikte zur Alltagserscheinung werden. (Zuruf von der SPD: Das ist doch lächerlich!) Zählt man die Länderstatistiken zusammen, gab es allein im letzten Jahr über 21'000 Messerattacken, mindestens 60 an jedem einzelnen Tag. (Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD] – Weiterer Zuruf: Die AfD ist eine No-think-Area!) – Ich kann schon verstehen, warum Sie hier rumschreien. (Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jan Korte [DIE LINKE]: Tun wir gar nicht! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Macht doch gar keiner!) Fazit: Diese Regierung lässt die einheimische Bevölkerung mit dieser perversen – (Zuruf vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) – Sie schreien ja. (Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir lachen!) – Dass Sie jetzt lachen, spricht Bände. (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Sie lassen die einheimische Bevölkerung mit dieser perversen importierten, Kriminalitätsbelastung eiskalt im Stich: (Beifall bei der AfD) ein Vollversagen dieser Regierung und der Vorgängerregierung, CDU-geführt im Übrigen. Es trifft doch vor allem die Normalbürger, wenn der Wohnungsmarkt leergefegt ist – Sie lachen; das weiss ich –, weil die öffentliche Hand für die Unterbringung von Migranten jeden Preis zahlt, Senioren aus ihren Wohnungen hinausschmeisst und Neubau wegen politischer Gängelung (Saskia Esken [SPD]: Armseliger Populismus! – Anke Hennig [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Was erzählen Sie da? – Weitere Zurufe von der SPD) – sehen Sie, Sie schreien ja trotzdem (Dunja Kreiser [SPD]: Erzählen Sie doch mal die Wahrheit! Keine Fake News! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf von der AfD: Schreihälse!) überhaupt gar nicht stattfindet. Die Bürger – (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Gegenruf von der AfD) – Können Sie bitte eingreifen, Frau Präsidentin? Ich würde gerne meine Rede irgendwie fortsetzen. (Anhaltende Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Präsidentin Bärbel Bas: Kolleginnen und Kollegen, jetzt mal wieder Ruhe im Saal hier! Alle mal wieder ein bisschen beruhigen! Frau Weidel hat das Wort. (Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN]: Sie hat es darauf angelegt! – Gegenruf von der AfD: Zuhören!) Dr. Alice Weidel (AfD): Vielen herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Die Bürger dieses Landes sind die Leidtragenden, wenn sie keinen Arzttermin mehr bekommen, wenn Medikamente knapp werden, aber die Kassenbeiträge trotzdem steigen, weil Ihre verantwortungslose Politik Leistungsempfänger in die Sozialsysteme treibt, (Zuruf von der SPD) die überhaupt keinen Beitrag dazu leisten. Mehr als die Hälfte der Bürgergeldempfänger haben keinen deutschen Pass, melden die Jobcenter. Wer gibt eigentlich Ihnen das Recht, das hart erarbeitete Geld der Bürger so hemmungslos an Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt zu verteilen? Dieses Geld gehört Ihnen nicht. (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Diese Politik können wir uns nicht mehr leisten. Deutschland ist schon lange kein reiches Land mehr; Sie machen es zum Abstiegskandidaten. Wir müssen das, was wir an Mitteln und Kraft noch haben, darauf konzentrieren, den Absturz abzuwenden, und das heisst: Abschied vom grünen Narrenschiff und dem Weltrettungsgrössenwahn, (Beifall des Abg. Fabian Jacobi [AfD]) stattdessen Energiewende beerdigen, Energieversorgung sichern, Wiedereinstieg in die Kernkraft, Grenzen schliessen, Sozialmigration verhindern, (Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausreisepflichtige und Straftäter – ja, natürlich – endlich abschieben, (Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Albtraum, was Sie da erzählen! – Saskia Esken [SPD]: Wenn die Straftäter aus Ihren Reihen auch abgeschoben werden!) Steuern senken, Bürokratie abbauen, Staatsausgaben beschränken, Scheckbuchpolitik beenden, unqualifizierte Regierungsbeamte rauswerfen, den Standort Deutschland stärken, anstatt vorsätzlich zu schwächen – zurück zur Normalität! (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos]) Ein Wort noch an die CDU. Während diese Regierung dieses Land in den Abgrund treibt, verschwenden Sie Ressourcen und Zeit für antidemokratische Brandmauerdebatten. Sie sind keine Oppositionskraft; Sie sind Oppositionsverweigerer. Brandmauer, die wir brauchen, – ist die Brandmauer gegen diese grüne Politik, die unser Land ruiniert und die Bürger um ihren Wohlstand und um ihre Freiheit bringt.
Vielen herzlichen Dank.

Kosmische Musik

von Oleg Kinash, Ukraine

Die Vorstellung, dass das Universum auf mysteriöse Weise mit der Musik verbunden ist, ist keineswegs neu. Sie reicht bis zu den Pythagoreern im antiken Griechenland zurück, die diesen Gedanken erstmals formulierten. Seitdem haben verschiedene Wissenschaftler und Philosophen versucht, eine Verbindung zwischen diesen auf den ersten Blick unterschiedlichen Wissensbereichen zu finden. Doch stellt sich die Frage: Existiert eine solche Verbindung tatsächlich? Die Musik spielt in unserem Leben eine wichtige Rolle. Sie berührt uns und bewegt unser Innerstes. Warum sollte sie also nicht auch eine wichtige Rolle in den fundamentalen Gesetzen der Natur einnehmen? Dieses Thema interessiert mich sehr und ich möchte in diesem Artikel meine Versuche vorstellen, diese beiden Konzepte zu verbinden.

Der erste sehr gute Hinweis darauf, wo wir mit der Suche beginnen sollten, findet sich in den Asket-Kontaktberichten. In einem davon sagt sie folgendes über die Mathematik: «Die elementaren Formeln ruhen in den mathematisch wichtigsten Zahlen 3, 7 und 12. Alle Berechnungen in diesen drei Ziffern ergeben immer und alle Zeit ein und dasselbe Resultat in der Gleichung selbst – und die Gleichung ist ein vollkommenes Rund, das sich unfehlbar im Mehrfachen der Multiplikation 7 x 7 errechnen lässt. Die gesamte Mathematik beruht in einem geschlossenen Ring, der jederzeit durch die Zahlen 3, 7, 12 und 7 x 7 berechnet werden kann, da das Urewige selbst eine vollendete und bis ins Kleinste perfekte Rundung darstellt – eine Rundung des relativ Vollkommenen in Beherrschung des Werdens und Vergehens in der Schöpfung selbst.»

Die bekannteste gleichzeitige Verwendung der Zahlen 3, 7, 12 findet man in der Musik. So besteht ein Klavier aus 7 Oktaven mit jeweils 12 Halbtönen. Eine Oktave setzt sich wiederum aus 7 weissen (C-D-E-F-G-A-B) und 5 schwarzen (D♭-E♭-G♭-A♭-B♭) Tasten zusammen. In der mittelalterlichen Musik wurden nur Akkorde, die aus Oktaven (12 Halbtönen) und reinen Quinten (7 Halbtönen) bestehen, als harmonisch angesehen. Die reine Quinte spielte eine zentrale Rolle in der mittelalterlichen Musik, hauptsächlich wegen der Einfachheit ihrer harmonischen Beziehung. Die reine Quinte ist eines der einfachsten und am meisten konsonanten Intervalle in der Musik, nur übertroffen von der Oktave und dem Unisono. Sie kann als Abstand zwischen zwei Noten definiert werden, der 7 Halbtöne umfasst, wenn man die Tasten eines Klaviers nach rechts durchläuft, oder 5 Halbtöne, wenn man sie in die entgegengesetzte Richtung, also nach links, durchgeht. Zum Beispiel ist das Intervall von C zur nächsten G eine reine Quinte. Aus harmonischer Sicht ist die reine Quinte wichtig, weil sie auf dem Verhältnis 3:2 in der harmonischen Reihe basiert. Dieses einfache Verhältnis ist sehr angenehm für das menschliche Ohr, was zu seiner umfassenden Verwendung in der Musikgeschichte geführt hat.

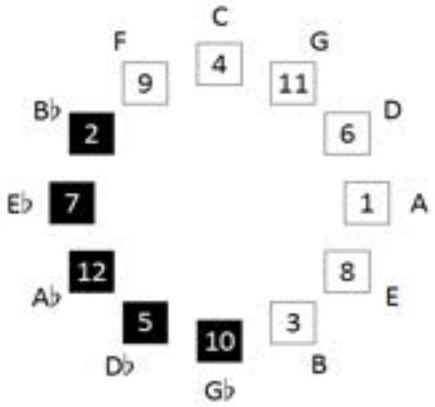


Abbildung 1: der Quintenzirkel

Aber eine Frage bleibt offen. Wo ist dieser Kreis, von dem Asket sprach? Es stellt sich heraus, dass es ziemlich einfach zu sehen ist. Er war die ganze Zeit vor uns, jedoch hat niemand jemals ihm Beachtung geschenkt. Abbildung 1 zeigt den berühmten Quintenzirkel mit 12 Halbtönen, der eine wichtige Rolle bei der Komposition von Musik spielt. Die benachbarten Noten in diesem Kreis harmonieren maximal miteinander, so dass sie nahtlos ineinander übergehen, ohne abrupte Änderungen zu erzeugen. Würden wir beim Komponieren von einer Note zur nächsten wechseln, ohne irgendeinen Zusammenhang zwischen den beiden, dann wäre eine solche Musik unseren Ohren unangenehm. Daher ist das Quintenzirkel so wichtig, denn es ermöglicht einen möglichst fliessenden Übergang zwischen den Noten, indem es die Töne nahtlos miteinander verbindet und so ein Gefühl von Harmonie erzeugt. Das Quintenintervall gehört zusammen mit der Oktave und dem Unisono zu den harmonischsten Intervallen der Musik. Möchte man in der Musik Harmonie, Freude und Glück zum Ausdruck bringen, sind genau diese Intervalle zu verwenden. Während für die Darstellung von Disharmonie, Traurigkeit, Tragödie weniger harmonische Intervalle besser geeignet sind.

In Abbildung 1 sehen wir neben den Noten auch entsprechende Zahlen, die mit den Noten verbunden sind. Die Noten sind in der Reihenfolge der ansteigenden Frequenzen nummeriert. Die Note A hat die niedrigste Frequenz und beginnt mit 1. In verschiedenen Oktaven hat sie verschiedene Frequenzen, nämlich:

A_0 = 27.5 Hz
A_1 = 55 Hz
A_2 = 110 Hz
A_3 = 220 Hz
A_4 = 440 Hz

Dann folgt die Note B♭ mit der Zahl 2 und die Note B mit der Zahl 3, und so weiter. Wenn wir uns die Zahlen im Quintenzirkel anschauen, sehen wir etwas Erstaunliches. Wenn wir von der zweiten Ziffer der Note G(11) zur zweiten Ziffer der Note G♭(10) gehen, erhalten wir die Zahlenfolge: 1,6,1,8,3,0. Dies ist nichts anderes als der ‹Goldene Schnitt›, mit dem einzigen Unterschied, dass die letzten zwei Zahlen 3,0 umgekehrt sind:

$$(1 + \sqrt{5}) / 2 = 1.61803 \ldots$$

Dies wird noch offensichtlicher, wenn wir die Bewegung im Uhrzeigersinn fortsetzen. Dann sehen wir 1,5,2, was wiederum die Zahlen des Goldenen Schnittes sind. Wenn wir von der Note A♭(12) bis B♭(2) gehen, erhalten wir die Zahlenfolge 1,2,7,2, die im Grunde die Wiederholung des rechten Teils des Kreises in quadratischer Form ist:

$$\sqrt{1.61803} = 1.2720 \ldots$$

Es passiert etwas sehr Interessantes, wenn man die Zahl 4 im oberen Teil des Kreises durch die harmonischen Sequenzen links und rechts teilt:

$$4 / \sqrt{1.61803} = 4 / 1.2720 \cdots = 3.14460 \ldots$$

Die berühmte Kreiszahl π scheint wie aus dem Nichts zu kommen (erste Erwähnung davon findet sich in Kontaktbericht 260. Und das ist schon 25 Jahre her!). Aber hier könnten einige Leser widersprechen und sagen, dass dies nicht der Fall sei, weil die bekannte Kreiszahl ganz anders aussehe. Hier müsste sicherlich ein Fehler sein. Und genau hier kommen wir zu einem wichtigen Punkt - dem, was unsere Mathematik von derjenigen unterscheidet, über die Asket gesprochen hat. In unserer Wissenschaft fehlt gar der Begriff ‹Harmonie›. Dieser existiert in Musik, Kunst und Literatur, aber nicht in der Mathematik. Mit anderen Worten, unsere Wissenschaft ist nicht harmonisch. Sie eignet sich nur zur Beschreibung von groben Materien und ist daher völlig materialistisch. Sie ist ein Spiegelbild unserer Denkweise und unseres Verständnisses der Natur. Mit solch einer Wissenschaft wie der unseren ist es schlichtweg unmöglich, feine Energien, feine Materien oder immaterielle Existenzformen zu beschreiben. Und es ist daher völlig irrelevant, wie schön und elegant die Theorien sind, die unsere Wissenschaftler ständig erfinden. Sie bleiben unweigerlich materialistisch, ohne jede Chance, ihre Grenzen zu überschreiten. Das Einzige, was wir in einer solchen Situation tun können, ist, neu zu denken, neu zu sehen und dann neu zu berechnen. Zum Beispiel, wie können wir die Natur des in jedem Menschen innewohnenden Geistes, der sich ständig reinkarniert, verstehen? Reinkarnation funktioniert ja auch nach bestimmten Gesetzen und kann mathematisch beschrieben werden. Oder wie können wir die Natur von Raum und Zeit verstehen, die nicht vollständig materiell sind. Aus der Sicht unserer Wissenschaft gehören all diese Dinge zum Bereich des Unmöglichen.

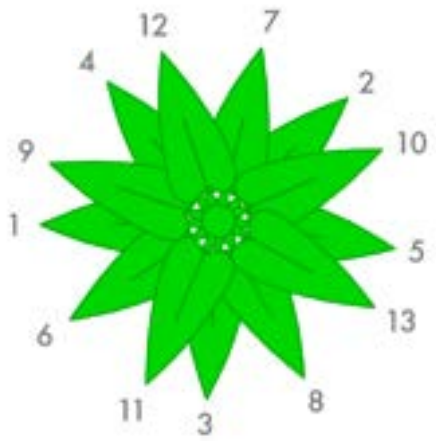


Abbildung 2: die Pflanze

Eine weitere interessante Methode zur Berechnung der Zahl π beruht auf der Multiplikation aller Zahlen des Quintenzirkels mit einer einzigen Ausnahme: Die Zahlenfolge 5, 1, 0, 3 wird durch 5, 13 ersetzt. Diese Logik kann man auch in der Natur sehen, insbesondere bei Pflanzen. Die Pflanzenblätter wachsen so, dass sie die Menge an eingefangenem Sonnenlicht maximieren. Um dies zu erreichen, sind die Blätter um einen bestimmten Winkel, den sogenannten ‹goldenen Winkel› (137,5°), gedreht. In solchen Fällen liegt das 13. Blatt nahe dem fünften (siehe Abbildung 2). Interessant ist auch, dass die Zahlen 12, 5, 13 ein Pythagoreisches Tripel bilden. Wenn wir beginnend mit der Zahl 4 bis zur 9 im Uhrzeigersinn gehen, erhalten wir:

$$4 \cdot 1 \cdot 1 \cdot 6 \cdot 1 \cdot 8 \cdot 13 \cdot 5 \cdot 1 \cdot 2 \cdot 7 \cdot 2 \cdot 9 = 3144960$$

Wie wir sehen, sind wir bereits sehr nahe an der Zahl π herangekommen. Leider stört irgendwie die Nummer 9 im Ergebnis die Harmonie. Es scheint, als ob etwas fehlt, aber ich bin nicht sicher, was es ist.

Bezüglich der experimentellen Bestätigung dieses Ergebnisses kann mit Sicherheit gesagt werden, dass die ersten fünf Ziffern 3.1446 korrekt sind. Was jedoch nach 6 folgt, bleibt unbekannt, da es keine genaueren Messungen gibt als diejenigen, die 2019 von Harry Lear durchgeführt wurden. Selbst diese Umfangmessungen sind nicht ausreichend präzise, um als wissenschaftlicher Fakt angesehen zu werden.

Es gibt auch andere bemerkenswerte Übereinstimmungen, wie beispielsweise die Dauer des gesamten Universums, das sich gegenwärtig ausdehnt, woraufhin eine Kontraktionsphase folgen wird, was genauso lange dauern wird. In der ‹Genesis› und auch in einem Buch namens ‹Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ursprung aller Existenz› wird gesagt, dass die gesamte Existenzdauer des Universums beträgt:

311 040 000 000 000 Jahre

Überraschenderweise erinnert diese Zahl stark an die Kreiszahl $\pi \approx 3.14$, und es scheint nicht bloss ein Zufall zu sein. Um die Dauer der Ausdehnungsphase des Universums zu bestimmen, nehmen wir die Hälfte dieser Gesamtzahl. Das Ergebnis lautet dann:

155 520 000 000 000 Jahre

Wie wir sehen, erhalten wir wieder eine harmonische Zahlenfolge 1,5,2, was darauf hindeutet, dass auch die gesamte Lebensdauer des Universums auf musikalischen Prinzipien basiert. Die Zahl 152,5 spielt auch eine wichtige Rolle bei der Berechnung der 280 Elemente, von denen derzeit nur 118 bekannt sind (siehe Kontaktbericht Nr. 228).
All dies zeigt uns wieder, dass die Natur mehr Weisheit in sich birgt, als wir vermutet haben. Es hat auch gezeigt, dass unsere wissenschaftliche Logik nicht das ‹Non plus ultra› ist und dass tatsächlich alles weiter und tiefer geht. Doch wie könnte es anders sein? Wenn wir unsere Wissenschaft näher betrachten, stellen wir fest, dass sie auf dem Prinzip der Trennung beruht. Anstatt Dinge zu vereinen, teilen wir sie, was angesichts der Tatsache, dass alles, was wir sehen, aus geistiger Energie hervorgegangen ist und letztendlich wieder zu dieser Energie werden wird, wenn das Universum sich zusammenzieht, wenig sinnvoll erscheint. Sicherlich kann man aus einem materialistischen Standpunkt heraus Dinge trennen und sie bis zu einem gewissen Grad als unabhängig betrachten, aber schliesslich wird der Punkt kommen, an dem diese Logik nicht mehr funktioniert. Danach sind wir gezwungen, neue Wege zu suchen und unsere Denkweisen zu ändern. Zum Schluss möchte ich einen Abschnitt aus dem Kontaktbericht 836 zitieren, der mir besonders gefällt: «Wird die Geschichte der Schwingungen und Klänge und damit der Musik ergründet, dann ist deren Urform im Schöpfungsbestehen aller Dinge zu erkennen, wozu gesagt werden kann, dass praktisch alles und jedes vom Grund des Ursprungs auf in einem schwingungsmässigen melodischen Zustand entstanden und in Macht beständig geblieben ist.

Nur ein Pieks:
Die Corona-Impfschäden, die es gar nicht geben sollte

Janina Lionello und Giovanna Winterfeldt lassen Menschen zu Wort kommen, die durch Corona-Impfdruck und Impfung zu Schaden gekommen sind – sei es körperlich, psychisch, beruflich, oder sozial. Sie haben Experten und Menschen auf der Strasse befragt. Und sie haben versucht, mit denjenigen ins Gespräch zu kommen, die dafür verantwortlich sind, dass Menschen ausgegrenzt, beschimpft und geächtet wurden. Weitere Reportagen, Shows und was die Menschen in Deutschland bewegt, gibts auf www.nius.de!
Video ansehen: https://www.youtube.com/watch?v=LIrHuGUpKjE
Achim Wolf, Deutschland

Erschreckender Abschlussbericht aus Russland: USA arbeiten an ‹universeller› gentechnisch hergestellter Biowaffe

uncut-news.ch, Juli 14, 2023, pexels.com

Russische Gesetzgeber haben eine Untersuchung der militärischen biologischen Aktivitäten Washingtons in Laboratorien in der Ukraine abgeschlossen, die auf den Erkenntnissen beruht, die von den russischen Truppen für Strahlenschutz, chemische und biologische Verteidigung im vergangenen Jahr veröffentlicht wurden.

Washington arbeitet an einer ‹universellen› gentechnisch hergestellten Biowaffe, die Feinden schwere Schäden zufügen soll, die mit denen eines ‹nuklearen Winters› vergleichbar sind, so die Schlussfolgerung einer russischen Parlamentskommission, die US-Biolabore in der Ukraine untersucht.

«Die Vereinigten Staaten streben die Entwicklung einer universellen gentechnisch hergestellten biologischen Waffe an, die nicht nur Menschen, sondern auch Tiere und landwirtschaftliche Nutzpflanzen infizieren kann. Ihr Einsatz verfolgt unter anderem das Ziel, dem Feind grossflächigen und irreparablen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen», schreibt die Kommission in ihrem Abschlussbericht.

«Der verdeckte und gezielte Einsatz einer solchen Waffe im Vorgriff auf eine unvermeidliche direkte militärische Konfrontation könnte den US-Streitkräften einen erheblichen Vorteil gegenüber dem Gegner verschaffen, selbst gegenüber denjenigen, die über andere Arten von Massenvernichtungswaffen verfügen», so die Kommission weiter. «Der Besitz solcher hochwirksamen biologischen Waffen schafft nach Ansicht des US-Militärs die realen Voraussetzungen, um die Art der heutigen bewaffneten Konflikte zu verändern.»

Der Kommissionsbericht wies darauf hin, dass die gegenwärtigen wissenschaftlichen Fortschritte in den Bereichen Gentechnik, Biotechnologie, Toxikologie und synthetische Biologie leider die Möglichkeit ihres Einsatzes zur Schaffung fortschrittlicher biologischer Waffenwirkstoffe einer neuen Generation erhöht haben – und dass gleichzeitig der Nachweis und die Identifizierung ihres Einsatzes mit herkömmlichen Diagnoseinstrumenten extrem schwierig geworden ist. «Die Situation wird durch die Tatsache verschärft, dass die Herstellung solcher biologischer Agenzien leicht über verschiedene Industrieunternehmen verteilt werden kann, wobei sie als Produkte für friedliche Zwecke getarnt werden», heisst es in dem Dokument.

Die Entwicklung neuer, immer fortschrittlicherer biologischer Agenzien beseitigt nicht die Gefahren, die von herkömmlichen Biowaffen ausgehen, betont der Bericht. Dazu gehören Erreger wie «Pocken, Milzbrand, Tularämie und die Pest, die alle modifiziert werden können, um ihre tödlichen Eigenschaften zu verbessern. Hinzu kommt die objektive Schwierigkeit, die wahre Ursache für den Ausbruch von Infektionskrankheiten zu bestimmen, die sowohl natürlich als auch künstlich sein können.»

In dem Bericht der Duma-Kommission werden die US-Biowaffenprogramme, die über den gesamten Globus verteilt sind, als die grösste eindeutige und gegenwärtige Gefahr für die biologische Sicherheit Russlands und der Welt bezeichnet.

«Das US-Militärprogramm für biologische Waffen wurde nicht nur nicht eingeschränkt, sondern hat in den vergangenen Jahren einen grossangelegten Charakter angenommen, wobei der Schwerpunkt auf offensiven Massnahmen liegt, die unter dem Deckmantel von Aktivitäten durchgeführt werden, die nach dem Übereinkommen über biologische Waffen zulässig sind, sowie auf Projekten zur Terrorismusbekämpfung. Die Vereinigten Staaten unterstützen und entwickeln die Fähigkeit, biologische Waffen zu produzieren und falls erforderlich, einzusetzen. Allerdings hat sich die strategische Sichtweise Washingtons in Bezug auf die Rolle von Biowaffen im geopolitischen Wettbewerb und die Mittel für ihren möglichen Einsatz geändert», heisst es in dem Bericht.

«Die US-Biowaffenprogramme sind langfristig angelegt und gehen auf grausame Experimente zurück, die das kaiserliche Japan während des Zweiten Weltkriegs an Zivilisten und Kriegsgefangenen durchführte, auch an Bürgern der UdSSR. In unserem Land wurden gefangene japanische Militaristen im Rahmen des Chabarowsk-Prozesses vor Gericht gestellt; in den USA hingegen wurden solche ‹Spezialisten› in Sicherheit

gebracht, und ihre Arbeit lebt faktisch bis heute in den aktuellen US-Programmen zur Entwicklung biologischer Waffen fort», heisst es in dem Bericht.
Ein wesentlicher Unterschied zwischen den traditionellen Biowaffenprogrammen und den gegenwärtigen, vom Pentagon verfolgten Programmen besteht nach Ansicht des Parlamentsausschusses in der Neigung, Erreger wenig erforschter natürlicher Infektionen mit einer hohen Sterblichkeitsrate, einer langen Inkubationszeit und typischen Symptomen von Volkskrankheiten zu verwenden. Dies erschwert es den Gegnern, den Einsatz solcher Waffen zu entdecken und den Angreifer schnell zu identifizieren, heisst es in dem Bericht.
Zu den grössten Bedrohungen zählt die Kommission die militärische biologische Forschung auf der Grundlage der Arbeit mit dem entschlüsselten menschlichen Genom, die die gesamte geopolitische und militärische Lage in der Welt ‹radikal› zu verändern droht und in ihrer Bedeutung mit dem Beginn des ‹Atomzeitalters› in den 1940er und 1950er-Jahren vergleichbar ist.

‹Schlüsselrolle› der Unterauftragnehmer

Anhand von Beweisen, die das russische Militär im vergangenen Jahr über die biologischen Aktivitäten des US-Militärs in der Ukraine, in Kasachstan, im Kaukasus und in Ländern Afrikas und Asiens vorgelegt hat, wies die Kommission auf die ‹Schlüsselrolle› hin, die Einrichtungen im Ausland bei der Umsetzung der Biowaffenprogramme des Pentagons spielen.
«Washington baut systematisch ein ausgedehntes Netz biologischer Labors ausserhalb seiner nationalen Zuständigkeit auf, das es ihm ermöglicht, unter dem Deckmantel medizinisch-biologischer Projekte ein breites Spektrum militärisch orientierter biologischer Forschung durchzuführen», heisst es in dem Bericht. «Dies führt faktisch zu einer ‹militärisch-biologischen Besetzung› der gesamten Anlage, die den USA einen uneingeschränkten Zugang zu Informationen über den Zustand der gesundheitlichen, mikrobiologischen und biologischen Infrastruktur der Gastländer eröffnet.
Ausländische Länder dienen den biologischen Forschern des US-Militärs als ‹Testgelände›, um Infektionserreger unter den klimatischen Bedingungen ihres Lebensraums zu untersuchen, ihre Verbreitung und Mutation zu beobachten und die Aussichten auf eine Verstärkung ihrer gefährlichen Eigenschaften zu ermitteln», so die Kommission. «Das Fehlen einer internationalen Kontrolle über solche Arbeiten ermöglicht den Vereinigten Staaten, in anderen Ländern zu agieren, ohne durch moralische und rechtliche Normen und humanistische Prinzipien eingeschränkt zu werden, und die Forderungen der Öffentlichkeit zu ignorieren.» Diese Bemühungen werden durch die Übertragung von Programmen an zivile Ministerien und Privatunternehmen weiter vor der Öffentlichkeit verborgen, so der Bericht.
Der Bericht wies auf die besondere Aufmerksamkeit hin, die die US-Biowaffenforschung der Übertragung von Krankheitserregern widmet, die den Menschen durch Insekten, Säugetiere und Wildvögel angreifen, einschliesslich der Untersuchung und Identifizierung ihrer Migrationsrouten.
«Die Ergebnisse dieser Forschungen versetzen amerikanische Militärbiologen in die Lage, nicht nur die Szenarien der Ausbreitung von Epidemien in einer bestimmten Region zu simulieren, sondern auch die Möglichkeit, sie zu kontrollieren. Sie arbeiten auch die ‹biologischen Routen› der wahrscheinlichen Einschleppung atypischer Krankheiten durch Drittländer in ein Gebiet von Interesse aus», so die Kommission.
«Die Analyse strategischer US-Dokumente im Bereich Verteidigung und Sicherheit deutet darauf hin, dass die Aktivitäten in den von den USA kontrollierten Biolabors darauf ausgerichtet sind, dem US-Militär potenzielle militärische Vorteile zu verschaffen und militärische Operationen mithilfe von pathogenen Mikroorganismen mit gewünschten Eigenschaften durchzuführen, die mithilfe der synthetischen Biologie erzeugt wurden», heisst es in dem Bericht.
Die Kommission ist überzeugt, dass die Auswahl der Länder, in denen die US-Biowaffenforschungsinfrastruktur angesiedelt ist, auf der Grundlage geopolitischer Erwägungen erfolgt und auf Szenarien ausgelegt ist, in denen die Gastländer im Falle von Konflikten als potenzieller ‹Brückenkopf› gegen Feinde dienen.
Dies gilt insbesondere für die biologischen Aktivitäten des US-Militärs im postsowjetischen Raum, so die Kommission, wo deren Präsenz «dem Pentagon erlaubt, ein breites Spektrum von Aufgaben anzugehen: von der gezielten Sammlung von Erregern besonders gefährlicher Infektionskrankheiten und der Untersuchung der Reaktion des Immunsystems der lokalen Bevölkerung bis hin zur Vorbereitung der Gebiete der ehemaligen Sowjetrepubliken im Sinne der Seuchenbekämpfung auf die Stationierung grosser US-Militärkontingente dort.»
Der Bericht betrachtet die fortgesetzte Umsetzung der biomilitärischen Programme des Pentagons im postsowjetischen Raum als ein zentrales Sicherheitsrisiko angesichts des freien Personen- und Warenverkehrs in der Region, auch innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, sowie der Migration von Arbeitskräften, Tieren und Vögeln, der Luftströme und der Flussströme.

Empfehlungen

Angesichts der Aktivitäten der USA unterstreicht die Kommission die Notwendigkeit, einen «Komplex dringender, wirksamer Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die darauf abzielen, das System der biologischen Sicherheit des Landes zu stärken und es an die heutigen Gegebenheiten anzupassen.» Dazu gehört auch die vorgeschlagene Überprüfung staatlicher Vorschriften und Gesetze im Bereich der biologischen Sicherheit, einschliesslich der Synchronisierung bestehender Überwachungsmassnahmen und der Schaffung eines einheitlichen Netzes zur Überwachung biologischer Risiken».

Der Bericht schlägt die Erstellung eines Jahresberichts an den Präsidenten und das Parlament über den ‹Stand der biologischen Sicherheit in der Russischen Föderation› vor sowie die Klärung von Sanktionen für die Nichteinhaltung verbindlicher Anforderungen im Bereich der biologischen Sicherheit und Massnahmen zur Erleichterung der Identifizierung und Bewertung der langfristigen Auswirkungen von Infektionskrankheiten und entsprechenden Impfstoffen auf die menschliche Gesundheit.

Die Kommission empfiehlt die Einrichtung eines Registers für Produkte, die zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind, sowie die Erstellung einer Liste von Unternehmen, die diese Produkte herstellen können.

«Die Kommission stellt fest, dass die nationale biologische Sicherheit zentralisiert sein und über systemische Fähigkeiten zur Erkennung, Diagnose, Behandlung und Prävention von Infektionskrankheiten verfügen sollte.» Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit, Impfstoffe gegen nicht endemische Viren «so schnell wie möglich nach dem Erkennen der Bedrohung durch eine Epidemie» zu entwickeln, zu testen und zu zertifizieren und Instrumente zu schaffen, die «die schnelle Modifizierung dieser Impfstoffe zur Anpassung an neue Krankheitserreger» ermöglichen.

Ausserdem wird die Schaffung eines ‹Kontrollmechanismus› für die Forschung in den Bereichen Biotechnologie und synthetische Biologie und verwandten Disziplinen vorgeschlagen, deren Aktivitäten mit ausländischem Kapital durchgeführt werden, einschliesslich der Gewährung von Zuschüssen, sowie die Verstärkung der Ausfuhrkontrollen für biologisches Material aus Russland. In dem Dokument wird die Notwendigkeit betont, «die Arbeiten zur Verringerung der technologischen Abhängigkeit Russlands von ausländischen Herstellern pharmakologischer Produkte zu intensivieren und ein inländisches Segment für die Produktion von medizinischer Ausrüstung und Schutzausrüstung» sowie von Arzneimitteln zu schaffen.

QUELLE: US WORKING ON 'UNIVERSAL' GENETICALLY ENGINEERED BIOWEAPON: RUSSIAN PARLIAMENTARY INVESTIGATION

Quelle: https://uncutnews.ch/erschreckender-abschlussbericht-aus-russland-usa-arbeiten-an-universeller-gentechnisch-hergestellter-biowaffe/

Scholz zu Ahrtal: «Kann mich nicht erinnern»

15. Juli 2023 WiKa Fäuleton, lang✤schmutzig, Soziales 1

Scholz zu Ahrtal: Kann mich nicht erinnernBRDigung: Ja das waren noch Zeiten, als der luschige Olaf bundesrepublikanischer Finanzminister war. Als ‹rote Null› ersetzte er einst die ‹schwarze Null›, die späterhin auf der Karriereleiter … bis heute … den Bundestag präsidiert. Wahlkampfbedingt sprang der listige Olaf sofort den Flutopfern im Ahrtal ins Genick zur Seite. Keinen potentiellen Wähler wollte er auf seinem Ruhmesweg absaufen lassen. Und bei den ‹Restidoten› dieser Replik wollte er darüber hinaus den Eindruck erwecken, dass bei ihm jetzt der Hilfs-Aktionismus ausgebrochen sei, um allen Ernstes den Opfern im Ahrtal zu helfen.

Ja, diese Worte haben richtig gesessen. Die Wahl wurde gewonnen, die SPD konnte sich unmittelbar nach diesem Erfolg mit der FDP und den Grünen zum Kuscheln ins Koalitionsbettchen zurückziehen. Aber wie lauteten noch gleich des Olafs markigen Worte, die die Replik nach der Ahrtal-Katastrophe in Rührung versinken lassen sollten:

«Wir wollen allen helfen beim Wiederaufbau, beim Ersatz der Schäden – und darum geht es ja auch um Milliarden. [...] aber das, was man mit Geld in Ordnung bringen kann, das werden wir mit Geld in Ordnung bringen.»

Hier die Qualle: Scholz: Schnelle Hilfe für Hochwasser-Opfer – 3.8.2021 ... [SPD-de]

Im Ahrtal blieb unterdessen alles beim angerichteten Schaden. Ein zügiger Wiederaufbau fand entgegen den prahlerischen Ankündigungen nicht statt. Oder anders gesagt, für die versprochene Hilfe und die Schäden war jetzt niemand mehr zuständig. Und Chefsache war es nicht einmal unter Vorgängerin Angela Merkel, als die noch das Kanzleramt befehligte. Bis heute, gut zwei Jahre später, kann sich weder Olaf Scholz noch sonst wer aus seinem Dunstkreis oder der Bundesregierung daran erinnern, dass es überhaupt so etwas Schreckliches wie diese Ahrtal-Katastrophe in der BRD gegeben hat oder die Folgen immer noch präsent sind. Und schon gar nicht kann sich ein wendiger Olaf Scholz daran erinnern, dass dort vor der Wahl 2021 ein grosses Leid passierte, das dazu eine Menge menschlicher Opfer forderte. Und noch viel weniger kann er sich an seine eigenen Versprechungen erinnern. Letzteres ist seit Warburg irgendwie zu seinem ‹Mackenzeichen› mutiert.

Seine Aufmerksamkeit gilt heute wichtigeren Dingen. Zugegeben, gefragt hat ihn bis heute scheinbar noch niemand nach seinem Versprecher vom 3.8.2021. Selbst der Mainstream traut es sich nicht zu diese alte Kamelle aufzugreifen. Für den Fall einer Nachfrage dürfte seine erschreckend ehrliche Auskunft bestimmt wieder lauten: «Kann mich nicht erinnern.» Niemand aus der journalistischen Blockflötenkaste möchte es sich mit einem Kanzler ‹Kannmichnichterinnern› verscherzen. Wäre ihm das Thema wichtig gewesen, hätte er ja während seiner Kanzlerschaft bereits etwas in der Sache unternommen, oder? Schwamm drüber, ausserhalb von Wahlkämpfen ist Not und Elend einfach kein Thema für diese Selbstdarsteller und sollte in der politischen Realität gar nicht vorkommen. Das ist sowas von störend, wenn man als Kanzler gerade die ganze Welt retten muss und dann auch die blöden Wähler noch um die Ecke kommen und eigene Befindlichkeiten anmelden.

Kurze Bestandsaufnahme 2023 zum Ahrtal

Bei jeder Katastrophe auf diesem Planeten ist Deutschland stets ganz vorn mit dabei. Überwiegend wedelt es dann mit dem Scheckbuch und macht sich dadurch ein gutes Gefühl. Nur die im eigenen Land bekommt schnelle Hilfe nicht geregelt. Das geht so auch aus dem Video hervor. Aber wen interessiert es? Wenn nicht grossflächig Randale um das Thema gemacht wird, können die Überlebenden im Ahrtal gerne auch noch in Ruinen wohnen, das kommt gar nicht so drauf an, denn es gibt ja noch die bedeutenderen Themen für Olaf und Konsorten.

Aber Moment mal, da war doch noch ein ‹Kann mich nicht erinnern›

Ja, das da oben waren tatsächlich die markigen Worte dieses hanseatischen ‹Kümmerlings›". Und heute sieht es im Ahrtal aus wie im Osten der Ukraine, wo wir ebenfalls bereits für den Wiederaufbau zahlen, die Kohle dort aber zunächst noch in die Vernichtung der Lebesgrundlagen investiert wird, sprich in Sprengstoff, Granaten und ganz tolle West-Waffen, um den Menschen in der Ukraine ein ähnliches wohliges Gefühl

wie den Menschen im Ahrtal zu schaffen. Frieden war dort nicht so das Ding, wie wir dank Merkel inzwischen wissen. Minsk II war nur als ‹Verarsch-Nummer› für Russland gedacht, um unter diesem Deckmäntelchen die Ukraine über Jahre hochrüsten zu können. Was hat es geholfen? Nichts, ausser dass sich dort, ähnlich wie im Ahrtal, Not und Elend ausbreiten konnten. Diesmal nicht als Naturgewalt, sondern tatsächlich als gut geplante militärische Eskalation.
Natürlich weiss der Olaf auch davon nichts. Herr ‹Kannsichnichterinnern› ist der Meinung, die Kohle, die in die Ukraine fliesst, versickert dort für einen deutlich besseren Zweck, nämlich um Russland maximal zu schaden. Ähnliches hat die Baerböckin seinerzeit verkündet, als sie meinte man müsse Russland ökonomisch vernichten. Das ist nach Auskunft unserer Aussenministerin immer noch ein primäres Ziel ihrer feministischen Aussenpolitik.
Die Russenhatz muss man sich besonders in Deutschland was kosten lassen, nachdem es hier gut 7 Jahrzehnte angesagt war die Russen als Befreier zu feiern. Auch daran kann sich keiner mehr erinnern und Scholz schon gar nicht. Jetzt muss mal wieder der Hass ran, damit die Rechnung mit dem Stellvertreterkrieg auch aufgeht. Endlich darf man wieder, wie zu Adolfs Zeiten, Russenschwein und Untermensch in den Mund nehmen, sofern man dabei staatstragend mit dem Finger gen Moskau zeigt. Das ist wieder en vogue. Dabei machen fast alle EU-Staaten mit. Dennoch huscht ab und das Wort Frieden über die gespaltene Zunge unseres Kanzlers, aber nur wenn er zuvor vom ‹Endsieg› der Ukraine fabuliert hat, denn vorher kann nach Ansicht der Militärstrategen gar kein Frieden sein. Nichtmal, wenn die gesamte Ukraine wehrlos in Schutt und Asche läge, wofür wir uns derzeit als Deutschland so sehr engagieren.

Dammbrüche gibt es auch in der Ukraine

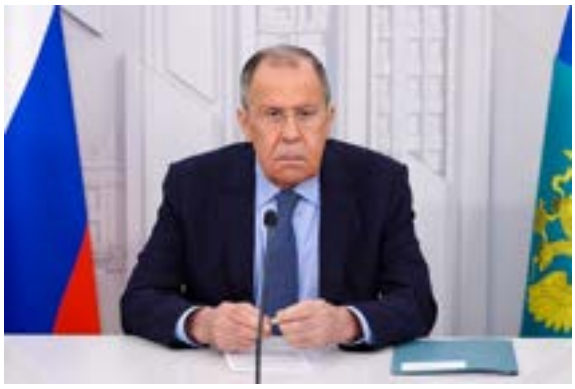
Mit Scholz vornweg klappt das immer und zu allen Zeiten sehr gut. Er hat einfach den Vorteil der ultimativen Erinnerungslücke. Eine Eigenschaft, die ihn bei seinen Souffleuren in Übersee äusserst beliebt macht. Und so fliesst die deutsche Steuerknete nach Scholzens Willen eben nicht die Ahr, sondern den Dnepr runter. Und ja, dort sind tatsächlich alle Dämme gebrochen. Und nebenher fliesst dort das Blut in Strömen und das soll nach dem Willen der NATO noch eine Weile so bleiben.
Die Menschen an der Ahr können sich schliesslich ans Amt wenden, warum sollte sich Scholz noch um diese Looser kümmern, wo er doch jetzt mit den Gewinnern in der Ukraine eins sein kann. Für die Belieferung der Ukraine mit Geld und Waffen braucht es Scholz sein ganzes Engagement mit der deutschen Kasse in der Hand. Spätestens seit die Baerbock festgelegt hat, dass es egal ist, was ihre Wähler denken, hat sich der feine Herr Scholz dieses Motto mal ausgeborgt. Hier dazu passend noch die Meldung des Tages, damit wir wissen welche Beträge da völlig locker am Ahrtal vorbeifliessen, ein Nebenrinnsal hätte es vermutlich schon gebracht:
«Wir haben einmal ausgerechnet, dass es seit Beginn des Krieges bis etwa 2027 möglicherweise 17 Milliarden Euro sein werden, die wir aufwenden, allein für Waffenlieferungen, die aus Deutschland oder von Deutschland finanziert für die Ukraine stattfinden.»
Qualle: 17 Milliarden Euro würden für Waffenlieferungen an Ukraine bis 2027 aufgewendet – Scholz … [SnaNews]
Schnelle Rechnung, was sich die deutschen Steuerzahler (Lohn – und Einkommenssteuer), es sind rund 43 Mio. Zahler, den US-Feldzug gegen Russland in der Ukraine kosten lassen. Es sind fast 400.00 € pro Steuerzahlernase. Scholz hat den Anspruch, gleich nach den USA grösster Sponsor des dort ablaufenden Blutbades sein zu wollen, stellvertretend für alle Deutschen … versteht sich. Für den guten Zweck darf sich Deutschland einfach nicht lumpen lassen.

Schauen wir schnell mal bei den ‹Fuck den Checker› … [Correctiv] rein, da hat man parallel das von Kanzler Scholz aufgestellte Lügenkonstrukt zur Ukraine gleich mit entlarvt und festgestellt, dass er lügt wenn er von 17 Milliarden € für die Ukraine faselt. Da müsste man jetzt den Medien postwendend die Lizenz entziehen,

die das mit den 17 Mrd. verbreiten. Da sollen höchstens 2,7 Milliarden hingehen, wie die Nebenstelle des Wahrheitsministeriums behauptet. Vielleicht haben die ‹Fakten-Fucker› auch ihre Datenlage noch nicht aktualisiert. Das kann schon mal vorkommen.
Demnach sei für das Ahrtal ein Sondervermögen zur Höhe von 30 Mrd. Euro im Jahre 2021 gebildet worden. Das sind doch irre Beträge, was beklagt sich denn jetzt die Bagage im Ahrtal? Und davon sollen in den 2 Jahren tatsächlich schon 2,35 Mrd. Euro für den Wiederaufbau abgerufen worden sein. Wahnsinn, dann hätte schon jeder von den 43. Mio. Steuerzahlern bis jetzt rund 55 Euro im Ahrtal versenkt? Die zeitliche Abfolge der Mittelverwendung lässt aufhorchen und darauf schliessen, dass der Wiederaufbau im Ahrtal dann in weiteren 23 Jahren abgeschlossen sein dürfte, also im Jahre 2046. Hmm, die Kriegskosten für die Ukraine sollen aber schon bis 2027 geflossen sein, so Lügenbold Scholz. Da sieht man mal wieder wo die Prioritäten hängen und der listige Olaf weiss genau wie und wo Scholz zu Ahrtal: Kann mich nicht erinnern er sich lieb Kind machen muss. Unsere Wertung zu den Fakten-Fuckern ist klar:
Schaut so aus, als seien die Ukrainer die nächsten Wähler von Scholz, um die er sich jetzt vor der kommenden Wahl bevorzugt kümmern muss. Schliesslich kann man nicht immer allen Menschen alles recht machen. Schon gar nicht diesen meckernden Ahrtalern. Soweit besagte Ukrainer nicht bereits hier sind, um die sozialen Errungenschaften Deutschlands zu erkunden, muss das Geld zwingend in die Ukraine geschickt werden, damit der Kampf gegen den bösen Iwan keine Unterbrechung erfährt. Man könnte auch sagen, Scholz muss dort die Russenflut eindämmen, wo wir dann wieder beim Thema wären. Und Mienenwälle braucht es auch, dass der Russe nicht noch nach Europa rüberschwappt. Und wenn alle Stricke reissen, müssen halt die Russen den Wiederaufbau im Ahrtal stemmen, wenn sie denn hier ankommen. Womöglich war ja Putin gar schuld an der Katastrophe. Mal sehen wie das ausgeht, aber an die Schuld Putins wird sich Scholz ziemlich genau erinnern können, wenn es zum Schwur kommt.
Quelle: https://qpress.de/2023/07/15/scholz-zu-ahrtal-kann-mich-nicht-erinnern/

Pressebriefing des Aussenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, zu einem breiten Kreis internationaler Probleme, darunter humanitäre Aspekte im Kontext der Situation um die Ukraine, Moskau,

30. Juni 2023



Guten Tag, die Ereignisse in der Welt entwickeln sich rasant in verschiedene Richtungen. Je öfter wir uns treffen, desto nützlicher ist es für euch aus der Sicht des Informierens ihrer Zuschauer, Leser, Hörer über die Position der Russischen Föderation. Das ist auch für uns nützlich. Ich muss sagen: Wenn wir Fragen der Medienvertreter hören, bringt uns das auch zu gewissen Gedanken, hilft dabei, Schlussfolgerungen zu ziehen, die die Interessen jener widerspiegeln, für den sie arbeiten. Das ist eine breite Öffentlichkeit, und es ist prinzipiell wichtig, dass wir ihre Interessen spüren.
Die aktuellen Ereignisse widerspiegeln den kontinuierlichen Prozess des Überganges von jahrhundertealter Dominanz des Westens zu einer demokratischeren, gerechteren multipolaren Welt. Der Westen leistet erbittert Widerstand, baut die Strategie der Abschreckung, Unterdrückung der Konkurrenten aus – aller, die Selbständigkeit in der internationalen Arena zeigen und sich nicht nach von den USA und ihren Verbündeten aufgedrängten ‹Regeln›, sondern eigenen nationalen Interessen richten.
Wir beobachten jetzt ein erbittertes Streben, den Aufstieg Russlands als selbständiges Zentrum der multipolaren Weltordnung nicht zuzulassen. Für diese Ziele entwickelte der Westen seit vielen Jahren Strategien und nun entfachte er einen Krieg gegen unser Land mit den Händen des von Angelsachsen geschaffenen nazistischen Regimes in Kiew. Es wurde bereits erklärt, dass das nächste Land auf der Liste die Volksrepub-

lik China ist, die in den Doktrinen der Nato als grösste langfristige Herausforderung für die ‹Hegemonie› der ‹goldenen Milliarde› bezeichnet wird. Das Ziel ist, weder Russland noch China oder noch jemandem zuzulassen, die Reihen der Gleichgesinnten zu festigen, die Erweiterung von BRICS, Wachstum ihres Ansehens in der Welt zu verhindern, vereinigende Prozesse in Eurasien in EAWU, GUS, OVKS, SOZ, ASEAN, im ‹One Belt One Road›-Projekt zu untergraben.
Die Mehrheit der Welt will nicht mehr nach den westlichen Regeln leben und verteidigt universelle Völkerrechtsnormen, die vor allem in der UN-Charta verkörpert sind. Die Aufgabe, die wir vor uns stellen, die von der überwiegenden Mehrheit der Länder geteilt wird – die Gewährleistung aller ohne Ausnahme Prinzipien, die in der Charta enthalten sind, in vollem Maße (nicht selektiv), im ganzen Zusammenhang.
Am wichtigsten ist die Anerkennung der Alternativlosigkeit des Prinzips der Charta, laut dem die Vereinten Nationen auf der souveränen Gleichheit der Staaten beruhen. Der Westen vernachlässigte immer dieses Prinzip. Er machte sich nie Gedanken in seinen Handlungen über die Existenz solcher Forderung der UN-Charta.
Die USA versuchen, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen nicht zuzulassen. Das ist offensichtlich. Im Rahmen dieses Kurses streben Washington und seine Verbündeten immer offener und rücksichtsloser die Nutzung der Sekretariate internationaler Organisationen an, setzt unter Umgehung allgemein gültiger Verfahren Beschlüsse über Schaffung solcher verborgenen Mechanismen, die den westlichen Interessen unterordnet sind, durch. Sie haben keine Konsens-Mandate, erklärten sich aber als berechtigt, jene, die für die USA und ihren Verbündeten nicht erwünscht sind, zu beschuldigen.
Diese Tendenz zeichnet sich insbesondere im humanitären Bereich zur Einstellung der öffentlichen Meinung gegen die Länder, die gegenüber dem Westen ungehorsam sind. Eine solche Situation macht noch aktueller die Aufgabe der Gewährleistung der von mir erwähnten strikten Erfüllung der UN-Charta in vollem Masse, nicht nur durch die Staaten, sondern auch Sekretariate internationaler Organisationen.
Das UN-Sekretariat soll gemäss Artikel 100 der UN-Charta unvoreingenommen vorgehen und hat kein Recht, Anweisungen von einer Regierung zu bekommen. Wir kennen zahlreiche Beispiele einer direkten Verletzung dieser Forderung. Die Aufgabe besteht in der Notwendigkeit für alle Staaten, nicht einfach die Anhänglichkeit an alle Prinzipien der UN-Charta zu bestätigen, sondern auch sie in der Praxis zu erfüllen.
Die zweite, nicht weniger wichtige Aufgabe – den Zustand der Hauptorgane der UNO in Übereinstimmung mit modernen Realien zu bringen. Ich meine die Reform des Sicherheitsrats, wo der Westen absolut nicht proportional ‹zu aktiv› vertreten ist. Von 15 Mitgliedern besetzt die ‹goldene Milliarde› sechs Plätze. Das ist unfair, ungerecht. Wir werden eine möglichst baldige Erweiterung der Mitgliedschaft des UN-Sicherheitsrats via Aufnahme der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas anstreben.
Die Versuche, in diese Liste noch westliche Kandidaten hinzuzufügen, sind kontraproduktiv und absolut aussichtslos. Die Dominanz geht zu Ende. Es ist die Zeit, zur Gleichberechtigung überzugehen. Wenn alle für Demokratie sind, wollen wir nicht vergessen, dass Demokratie auch in internationalen Beziehungen erforderlich ist.

Frage: Die Leiterin der Kommission ‹Geeintes Russland› zum Schutz der Mutterschaft und Kindheit, Vizepräsidentin der Staatsduma, Anna Kusnezowa, wurde zur Co-Vorsitzenden der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Kiews gegenüber Kindern ernannt. Können Sie sagen, welche Funktionen diese Kommission übernehmen wird?

Sergej Lawrow: Jetzt ist ziemlich oft das Thema Kinder in bewaffneten Konflikten zu hören. Es wird unter anderem von jenen erwähnt, die die ‹Unparteilichkeit› der Sekretariate internationaler Organisationen zu missbrauchen versuchen.
Wie Sie wissen, erschien vor kurzem ein Bericht des UN-Generalsekretärs, wo Russland als beteiligt an gewissen Situationen, die mehr als 100 Kinder betreffen, erwähnt wird. Wir wollen, dass alles fair ist und alle Diskussionen auf Fakten beruhen. Sie wurden uns nicht vorgelegt.
Einer der Mechanismen der UNO wurde durch Missbrauch der Verfahren und Konsens geschaffen – ‹Unabhängige internationale Kommission zur Untersuchung der Verletzungen in der Ukraine›. Sie reisen, sprechen mit Vertretern des ukrainischen Regimes, bekommen von ihnen Informationen, auf deren Grundlage sie Befunde erstellen. Sie sprechen nicht mit jenen, die auf unserer Seite der Kontaktlinie wohnen. Genauso, wie UN-Vertreter im Lauf von langen acht Jahren den Donbass nicht besuchten, als wir noch versuchten, die Erfüllung der Minsker Abkommen zu erreichen. Deswegen bekommen sie Informationen für solche Befunde von der ‹am stärksten interessierten Seite›. In diesem Fall von Kiew und seinen westlichen Sponsoren, darunter von zahlreichen von Amerikanern und ihren Verbündeten finanzierten Nichtregierungsorganisationen, die ihre ‹Pseudounabhängigkeit› nutzen, um die Ideen, die für den Westen notwendig sind, durchzusetzen. Wir sind daran interessiert, dass hier alles gerecht und fair ist. Deswegen wird die parlamentarische Kommission vor sich die Aufgabe des Zugangs zu realen Fakten für ihre Analyse, Zusammenfassung und Bereitstellung der Öffentlichkeit stellen.

Im Mai weilte Virginia Gamba – Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten, zu einem Besuch in Russland. Wir übergaben ihr eine grosse Menge von Materialien, die hoffentlich nicht ignoriert und bei der weiteren Arbeit des Sekretariats berücksichtigt werden.
Was Kriegsverbrechen, Vorwürfe wegen Verletzung des internationalen humanitären Rechts betrifft, soll hervorgehoben werden, dass es wenige Fakten gibt, die westliche Kollegen uns vorlegen könnten. Wir bitten sie, ihre Erklärungen mit konkreten Angaben, Beweisen zu ergänzen. Dazu kommt es fast nicht.
Zugleich gibt es gleichzeitig mit solchem Herangehen zu unseren Anfragen auch zahlreiche Beweise für Greueltaten ukrainischer Extremisten neonazistischer Bataillone, wenn Gefangene mit Säcken auf dem Kopf, mit gebundenen Händen und Beinen erschossen werden, wenn Leichen der getöteten Menschen in Gräben geworfen werden, wie das von Faschisten während des Grossen Vaterländischen Kriegs gemacht wurde.
Diese Fakten – die Nazis verheimlichen sie nicht und prahlen mit diesen Szenen. Sie machen Videos davon, stellen sie ins Internet, in soziale Netzwerke. Aber diese eindeutigen Bestätigungen von Greueltaten und Verletzungen aller denkbaren Gesetze des Kriegs und internationalen humanitären Rechts bleiben irgendwie unbeleuchtet von verschiedenen analytischen Prozessen im UN-Sekretariat.

Frage: Nach einer bewaffneten Rebellion hatten viele Befürchtungen über die Stabilität der grössten Atommacht. Ist Russland heute stabil? Können Sie irgendwelche Garantien dafür geben, dass Russland nicht in eine Wirre ‹abrutscht›?

Sergej Lawrow: Wir müssen niemandem etwas erklären und zusichern. Wir gehen transparent vor. Zu diesem Thema äusserten sich Russlands Präsident Wladimir Putin und alle politischen Kräfte unseres Landes. Wenn jemand im Westen Zweifel hat – das sind eure Probleme. Wir haben auch bedeutende Zweifel an der Adäquatheit vieler westlicher Anführer, die öffentlich, offiziell sagen, dass sie als Regierungsmitglieder verstehen, dass ihre Wähler leiden, aber sie ‹müssen› das für den Sieg der Ukraine gegen Russland machen. Ist es adäquat? Widerspiegelt das die nationalen Interessen? Man muss sich nicht über uns und unsere nationalen Interessen Sorgen machen. Danke, dass sie sich Sorgen machen, aber man soll es nicht machen. Russland stieg immer stärker aus jedem ‹Schlamassel› (man kann das kaum mehr als ein ‹Schlamassel› bezeichnen) hervor. So wird es auch diesmal sein. Zumal spüren wir bereits, dass dieser Prozess begonnen hat.
Viele westliche Analysten geben das zu. Es ist kein Zufall, wie bei Sigmund Freud, dass westliche offizielle Personen am vergangenen Samstag, als das alles begann, sagten, dass das angeblich davon zeugt, dass die Fassade der russischen Macht platzte, und es heisst, dass sie alles richtig machen. Damit gaben sie zu, dass sie gegen Russland kämpfen. Sie meinen, dass wenn es einen Versuch eines Aufstands gab, gehen sie richtig vor, indem sie die Ukraine aufrüsten. Der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell rief dazu auf, die Waffenlieferungen um das Zweifache zu erhöhen. Das ist zwar ein indirektes, aber sehr eindeutiges Eingeständnis darüber, wer gegen wen kämpft. Danke für die Sorge, aber wir werden das meistern.

Frage: Ist es real (laut Einschätzung der russischen Seite) in den gebliebenen etwas mehr als zwei Wochen Fortschritte bei der Umsetzung des russischen Teils des Getreidedeals zu erreichen, die es ermöglichen werden, die Vereinbarung zu verlängern? Setzen wir jetzt irgendwelche Kontakte mit den Vereinten Nationen fort, oder hat es keinen Sinn mehr?
Noch eine Frage: Berücksichtigt Moskau die Folgen eines möglichen Austritts aus dem Deal für globale und Lebensmittelsicherheit?

Sergej Lawrow: Wie Sie sich erinnern, wurde dieser ‹Deal› 2022 als ‹Paketdeal› von UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorgeschlagen. Er bestand aus zwei Teilen, wovon jeder ein gleiches Gewicht hatte, wie der Generalsekretär betonte. Der erste Teil – Vereinbarungen über Export von ukrainischem Getreide aus den Häfen der Ukraine, der zweite Teil – ein Memorandum zwischen der UNO und der Russischen Föderation, demnach verpflichtete sich Antonio Guterres, von der EU und USA Aufhebung von Sanktionen zu erreichen, die den Export unserer Düngemittel und Getreide via Routen durch die EU verhinderten und unmöglich machten. Diese Hürden machten die Arbeit der Rosselchosbank zur Gewährleistung der Exporte von Düngemittel und Lebensmittel unmöglich. Die Bank wurde von SWIFT abgeschnitten. Die Agenturen, die sich mit Versicherungen von Seetransporten (z.B: britische Lloyd) befassen, stellten die Schwarzmeerroute auf eine Liste von gefährlichen Routen wegen der Kriegshandlungen dort, die Versicherungssätze wurden massiv angehoben. Der Westen ergriff auch eine ganze Reihe anderer angeblich technischer aber in der Tat Verbotsmassnahmen. Ich gehe davon aus, dass der Export unserer Düngemittel und Lebensmittel jedenfalls fortgesetzt wird. Wir gewährleisten entsprechende Operationen, umgehen geografische Routen und andere technologische Hindernisse des Westens. Es wird erwartet, dass unsere Exporte im Landwirtschafts-

jahr 2023 sich auf 50 Mio. Tonnen belaufen werden. Das sagte auch Russlands Präsident Wladimir Putin bei der Einschätzung der Situation noch im vergangenen Jahr. Ich bin sicher, dass unsere Partner nicht betroffen werden.
Das Verhalten des Westens in diesem Deal ist eklatant. Erstens veröffentlichten die USA und Grossbritannien am 29. Juni 2023 ein Dokument, in dem sie versuchen, zu beweisen, dass unsere Düngemittel und Lebensmittel nicht von Sanktionen betroffen werden. Der lügnerische Charakter dieser Behauptung ist für jeden klar, der zumindest einmal nach der Situation in diesem Bereich fragte. Zweitens, zum ukrainischen Teil des Paketabkommens: Wir führten mehrmals Angaben darüber an, dass Getreide ausgeführt wird, das für in kommerzielle Bedürfnisse und nicht in die ärmsten Länder fliesst. Obwohl der UN-Generalsekretär Antonio Guterres seinen Vorschlag von Anfang an mit der Notwendigkeit erklärte, den Staaten in Afrika, wo die Hungergefahr existiert, zu helfen. Nach dem Stand 29. Juni wurden seit Beginn der Schwarzmeerinitiative aus der Ukraine 32,5 Mio. Tonnen Getreide ausgeführt. Das sind vor allem Mais (mehr als 50 Prozent), Öl, Weizen (weniger als 30 Prozent). Die Hauptempfänger: EU (fast 40 Prozent), China (24 Prozent), Türkei (rund 10 Prozent), in die ärmsten Länder, die auf der Liste des Welternährungsprogramms stehen, wurden etwas mehr als 2,5 Prozent Getreide ausgeführt.
Im Falle der Einstellung der Schwarzmeerinitiative werden wir die Lieferungen vergleichbarer bzw. grösserer Mengen von Getreide an die ärmsten Länder auf unsere Kosten, unentgeltlich fortsetzen. Präsident Wladimir Putin sagte das bereits.
Während des Funktionierens des Deals starteten aus den Häfen der Ukraine jeden Monat jeweils zwei Schiffe im Rahmen des Welternährungsprogramms. Das sind die Frachten, die in die bedürftigen Länder gehen, kommerzielle Getreidefrachten machten jeden Monat 90 Schiffe aus. Darin besteht der Unterschied. Deswegen verwandelte sich der Deal in Bezug auf ukrainisches Getreide seit langem in einen kommerziellen Deal. Jetzt protestieren viele EU-Länder gegen die Fortsetzung der Einfuhr des ukrainischen Getreides ohne phytosanitäre Prüfungen und Tarife, weil das den Landwirten in der EU schadet. Wenn dem so ist, wenn die EU über die Lebensmittelsicherheit besorgt ist, mögen sie es kaufen und in die Entwicklungsländer überflüssiges Getreide schicken, wie wir es machen, indem man Lebensmittel und Düngemittel regelmässig und unentgeltlich liefert. 2022 beschlagnahmte die EU sie in ihren Häfen. Jetzt nehmen wir mit viel Mühe von dort Frachten auf für afrikanische Länder mit Anschluss internationaler Organisationen. Man sollte sich keine Sorgen über die globale Lebensmittelsicherheit machen. Man soll Dinge machen, die sie festigen werden. Das betrifft auch die Entsendung der überflüssigen Mengen von ukrainischem Getreide in der EU und dringender Deblockierung der dortbleibenden Düngemittel.
Ein weiterer Tropfen für die Geduld wurde der Terroranschlag auf die Ammoniak-Pipeline Togliatti-Odessa, die in den Vorschlägen des Generalsekretärs genannt wurde. Sie ist Teil dieses Pakets, Wladimir Selensky blockierte persönlich die Wiederaufnahme der Arbeit der Ammoniak-Pipeline, wobei politische Bedingungen gestellt werden. Nun wurde sie einfach in die Luft gesprengt. Ich sehe nicht, welche Argumente jene haben, die die Gültigkeit der Schwarzmeerinitiative fortsetzen wollen. Sie wurde bereits kommerziell zum Teil über ukrainisches Getreide.

Frage: Vor kurzem wurde in Russland eine parlamentarische Untersuchung der Tätigkeit der Biolabore der USA in der Ukraine durchgeführt. Heute werden Senatoren und Abgeordneten die erste Sitzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Handlungen der ukrainischen Behörden durchführen. Wie schätzen Sie die Bedeutung der Untersuchung ein, welche Anstrengungen werden von russischen Diplomaten unternommen, damit die Ergebnisse dieser Untersuchungen die Völker der ganzen Welt erreichen?

Sergej Lawrow: Wir denken, dass es eine wichtige Initiative unserer Parlamentarier ist. Die erste Initiative, die Sie erwähnten – die Untersuchung der Biolabore des Pentagons in der Ukraine – sorgte für grosses Aufsehen, zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Wir präsentierten diesen Bericht in der UNO, führten mit Unterstützung Chinas eine Sondersitzung des Sicherheitsrats durch. Die restlichen Mitglieder des Sicherheitsrats aus Entwicklungsregionen zeigten grosse Besorgnis, wobei sie in ihren Auftritten zum Ausdruck gebracht wurden. Dieses Thema ist nicht abgeschlossen. Unser Verteidigungsministerium stellt weiterhin der Weltöffentlichkeit Materialien bereit, die ernsthafte Fragen auslösen und Schlussfolgerungen ermöglichen, dass das Pentagon in den Laboren in der Ukraine sich mit der Entwicklung dessen befasste, was man traditionell Biowaffe nennt. Gemäss der Biowaffenkonvention geht es gerade darum. Nicht zufällig blockieren die Amerikaner, die solche Labore in vielen Regionen einrichten (darunter einige Labore bei unseren Nachbarn – China, Zentralasien und Transkaukasien), im Alleingang die Initiative, die wir seit langem fördern – Verabschiedung eines Überprüfungsmechanismus in Bezug auf die Erfüllung der Biowaffenkonvention durch alle Länder. Das passt ihnen nicht, was ein weiterer indirekter Beweis dafür ist, dass die Pläne des US-amerikanischen biologischen Programms in anderen Ländern gar nicht schadlos sind. Laut Amerikanern ist das alles zivil und hat keine militärische Dimension. Aber wenn dem so ist, mögen sie ‹zivile Untersuchungen› auf dem eigenen Territorium durchführen. Einer der Gründe, warum das im Ausland ge-

macht wird (neben Risiken für entsprechende Länder) besteht darin, dass die Amerikaner gefährliche Experimente nicht bei sich durchführen wollen.
Was die zweite parlamentarische Untersuchung betrifft, die von der stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrats, Anna Kusnezowa, geleitet sein wird, sind wir natürlich über das Schicksal der Kinder, die sich in Konfliktzonen erwiesen, besorgt. Dieses Thema wurde vor vielen ausländischen Partnern gestellt, die auf zahlreiche Vorwürfe seitens Kiews und seiner westlichen Sponsoren zu hören waren, aufmerksam machten.
Ich kann nur bestätigen, dass Präsident Wladimir Putin mehrmals sagte, dass alle Kinder, die sich jetzt in Russland befinden, bekannt sind, ihre Namen und ‹Koordinaten› werden nicht verheimlicht. Wenn diese Kinder Eltern und direkte Verwandte haben, haben diese das vollständige Recht, sie abzuholen. Das wurde schon mehrmals gemacht – einige Dutzend Kinder kehrten zu ihren Verwandten zurück, als diese sich meldeten. Die Kinder befanden sich in Russland, weil sie in Kinderheimen waren und es in der Nähe keine Verwandten gab. Kinderheime wurden tatsächlich zusammen mit dem Personal und Erziehern aus dem Gebiet der Kampfhandlungen evakuiert. Wir verheimlichen das nicht, unsere westlichen Kollegen sollen das nicht übertreiben. Auf der ukrainischen Seite gibt es viele Aspekte, die betrachtet werden sollen – nicht nur Kinder, sondern auch andere Kriegsverbrechen, die ich erwähnte.
Die Europäer, die sich mit Kindern befassen, die angeblich in Russland gewaltsam festgehalten werden, sollten lieber sehen, was mit ukrainischen Kindern in Europa passiert. Wir bekommen sehr viele Appelle von ukrainischen Staatsbürgern, die als Flüchtlinge nach Europa reisten, dass Jugendämter dort ihnen gewaltsam Kinder wegnehmen.
Ich denke, dass unsere parlamentarische Kommission sich mit dieser Frage ebenfalls befassen wird. Unsere westlichen Partner dürfen nicht ständig so tun, als ob das Kiewer Regime tadellos sei. Es hat einen eindeutigen rassistischen und nazistischen Charakter. Das ist das Regime, das öffentlich, via seinen Präsidenten, Minister und andere offiziellen Personen das Ziel erklärt, die Russen rechtlich und physisch vernichten. Hat jemand von europäischen demokratischen Vertretern darauf zumindest einmal aufmerksam gemacht? Ich will niemanden beleidigen, aber ich habe in den westlichen Medien davon nicht gelesen.

Frage: Man möchte über den vor kurzem von UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorgelegten Bericht für den UN-Sicherheitsrat, in dem Russland als Land, das für die Verletzung der Kinderrechte in der Ukraine und für den Tod von Kindern 2022 verantwortlich gemacht wird, Fragen stellen. Dabei wird die ukrainische Seite in diesem Bericht gar nicht erwähnt. Wie schätzen Sie diese Erklärung des UN-Generalsekretärs ein? Verbinden Sie diese Erklärung mit der Einstufung des Präsidenten der Russischen Föderation und der Beauftragten für Kinderrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation durch den Internationalen Strafgerichtshof als verantwortlich für die Verletzung dieser Rechte und die Ausstellung eines Haftbefehls für sie? Hat Russland vor, irgendwelche Handlungen im Zusammenhang mit diesem Bericht zu unternehmen?

Sergej Lawrow: UN-Generalsekretär Antonio Guterres erwähnt in seinem Bereich 46 Fälle, in denen Kinder nach Russland verlegt wurden. Gerade verlegt (dieser Begriff wird aber vom Generalsekretär nicht erwähnt), nicht gewaltsam ausgeführt. Die Kinder wurden ohne Zustimmung der Eltern bzw. Pfleger verlegt. Es handelt sich ausschliesslich um die Evakuierung der Minderjährigen in sichere Gebiete aus der Konfliktzone. Diese Kinder werden regelmässig in Reportagen in unserem Fernsehen gezeigt. Sie erholen sich in Sommerlagern, erzählen, wie sie sich fühlen. Dabei teilten wir stets internationalen Organisationen mit: Falls sie am Sammeln von Fakten interessiert sind – ob über Kinder oder die Lage in der Ukraine während der militärischen Spezialoperation – sind wir bereit, ihnen die ganzen Informationen bereitzustellen. Wir stellten sie auch bereit. Aber sie werden gewöhnlich in den Dokumenten des UN-Sekretariats nicht widerspiegelt. Wie auch der Fakt, dass wir seit Februar 2022 mehr als 5 Mio. Einwohner der Ukraine aufgenommen haben, darunter mehr als 700'000 Kinder. Die überwiegende Mehrheit kam zusammen mit Eltern bzw. anderen Verwandten. Nur 2000 davon sind Kinder aus Kinderheimen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die zusammen mit dem Personal und Erziehern dieser Einrichtungen ausgeführt wurden. Sie alle bleiben im Rahmen der Strukturen, die Kinderheime sind. 358 Kinder wurden tatsächlich in Familien untergebracht, das war keine Adoption, sondern vorläufige Betreuung. Diese Form wurde speziell für den Fall gewählt, dass Eltern kommen. Diese Eltern werden alle Möglichkeiten haben, ihre Kinder abzuholen, wenn sie daran interessiert sind.
In Bezug darauf, dass UN-Generalsekretär Antonio Guterres beschlossen hat, uns zu erwähnen und die Ukraine nicht – wenn man die Menge der Fälle nimmt, die Besorgnisse in der Ukraine auslösen, ist sie vergleichbar mit der Menge der Fälle, die im russischen Abschnitt dieses Berichts erwähnt sind. Aber irgendwie beschloss Antonio Guterres, dass gleiche Erscheinungen verschieden gedeutet werden können und man in einigen Fällen das einstufen und in anderen Fällen einfach neutral erwähnen soll.
Ich sagte bereits in der Einführungsrede heute, dass wir über den Kurs des Westens auf die Unterordnung der internationalen Sekretariate und ihre ‹Privatisierung› besorgt sind. Das ist ein grosses Problem. In den

Sekretariaten dominieren Staatsbürger westlicher Länder bzw. Menschen aus Entwicklungsländern, die nach dem Umzug nach New York wegen dem Job die zweite Staatsbürgerschaft bekommen und nicht mehr die Interessen ihrer historischen Heimat, sondern die Interessen ihrer neuen Heimat vertreten. Wir wissen, wie diese Interessen durchgesetzt werden, mit welchen Methoden, ohne Scham und Schande. Ich sehe hier keine anderen Wege ausser dem Erreichen von Wahrheit. Wir werden das auf Grundlage unserer objektiven Untersuchung machen, die nicht von parteilichen Seiten beeinflusst werden, insbesondere seitens der Sponsoren des Kiewer Regimes.
Wir machten einen entsprechenden Appell an den UN-Generalsekretär des UN-Sekretärs Antonio Guterres und erinnerten ihn auch an das Schicksal der Kinder ukrainischer Flüchtlinge in Europa. Eltern rufen unsere diplomatischen Dienste an, beschweren sich, bitten um Hilfe. Wir können darauf die EU aufmerksam machen (was wir jetzt auch tun). Wir schickten eine Sonderbotschaft an Antonio Guterres. Mal sehen, wie er reagieren wird, inwieweit hier das Streben nach Objektivität zu sehen ist.

Frage: Jetzt sind die wirtschaftlichen, humanitären und anderen Verbindungen zwischen Finnland und Russland praktisch abgebrochen. Wie denken Sie, ist ihre Wiederherstellung möglich? Auf welcher Grundlage kann das passieren? Diplomatische Missionen der beiden Länder haben verschiedene Probleme, darunter die Finanzierung der Tätigkeit. Wird die Arbeit zur Regelung dieser Probleme geführt?

Sergej Lawrow: Sie haben Ihre Frage delikat formuliert, wobei man mit der Phrase begann, dass die Verbindungen zwischen Finnland und Russland ‹abgebrochen› sind. Der Journalist, wenn er sich nach Fakten richten will, sollte das Problem konkreter darlegen. Die Verbindungen sind nicht einfach so abgebrochen. Sie wurden von der Regierung Finnlands abgebrochen, die blitzschnell auf lange Traditionen der guten Nachbarschaftsbeziehungen und gegenseitiger Zusammenarbeit mit Russland verzichtete und zu der Gruppe der Länder wechselte, die am aktivsten an der Kampagne gegen Russland teilnehmen. Es geht nicht um uns.
Wir sind Nachbarn zu Finnland. Wir waren immer daran interessiert, friedlich zu leben. Wir machten viel dazu, dass Finnland die Unabhängigkeit bekommt. Die Russen erinnern sich immer an das Gute. Aber einige unserer Partner erinnern sich nicht immer an das Gute. Allerdings, wenn die finnische Seite beschliesst, dass man zu normalen Verbindungen zurückkehren soll, werden wir bereit sein, einen Vorschlag zu erörtern, den Helsinki aufbringen kann. Wenn wir die Rahmen neuer Beziehungen besprechen werden, werden wir in vollem Masse den geänderten Status Finnlands angesichts seines Nato-Beitritts und des mit der Allianz unterzeichneten Dokumenten, was die Stationierung der militärischen Infrastruktur der Allianz im Lande zulässt, berücksichtigen. Wir können das nicht ausser Acht lassen. ‹Business as usual› ist nicht mehr möglich.
Was das Funktionieren diplomatischer Missionen betrifft, waren wir nicht die Initiatoren der Sanktionen, auf die wir reagieren müssen und das auch machen. Nicht wir waren Initiatoren einer starken Verschlechterung der Atmosphäre zwischen unseren Ländern, darunter im diplomatischen Bereich. Ehrlich gesagt, sehe ich keinen Bedarf auf das gleiche Niveau der diplomatischen Kontakte, das es in normaler Zeit gab, bevor der Westen uns den Krieg mit den Händen des ukrainischen nazistischen Regimes erklärt hatte.

Frage: US-Aussenminister Antony Blinken sagte am Mittwoch, dass der Konflikt in der Ukraine seiner Meinung nach auf diplomatischem Wege, via Verhandlungen enden werde. Gibt es seitens der USA irgendwelche Signale über die Bereitschaft, bei der Ukraine-Frage eine Vereinbarung zu erreichen und ob sie um entsprechende Kontakte Moskau bitten?

Sergej Lawrow: Das ist eine merkwürdige Aussage. Ich habe davon gehört. Aber das wird alles fast gleichzeitig mit den Erklärungen des US-Aussenministers Antony Blinken, der Leiter des Sicherheitsrats der USA, Vertreter der EU und Nato gemacht, die sagen, dass die Ukraine zunächst gewinnen und eine erfolgreiche Gegenoffensive umsetzen soll, und erst dann wird der Westen beschliessen, Verhandlungen durchzuführen. Das ist eine schizophrene Situation, wenn gesagt wird, dass alles mit Verhandlungen enden wird, aber zunächst soll Russland bekämpft werden.
Ein weiterer Aspekt: Auf welcher Grundlage wollen sie Verhandlungen führen? Die USA sagten zusammen mit der Nato und der EU mehrmals kompromisslos und hart, dass die einzige Grundlage für Verhandlungen die berüchtigte ‹Friedensformel Selenskys› sei, die aus zehn Punkten besteht. Dort gibt es neutrale (ich würde sagen, banale) Dinge, die dort aus einem unklaren Grund aufgenommen wurden – Gewährleistung der Lebensmittel- und Energiesicherheit. Also die Dinge, die durch Sanktionen des Westens untergraben wurden. Aber das Wichtigste in Bezug auf die Aussichten des Abschlusses des Friedensvertrags besteht darin, dass sich unser Land zunächst hinter die Grenzen von 1991 zurückziehen, die russische Führung vor den Kriegsgerichtshof gehen und Russland Kriegsentschädigung zahlen soll. Und erst nach Erfüllung dieser Vorbedingungen wird der Frieden geschlossen. Das ist jetzt die Position des Westens, wenn er über

die Notwendigkeit der Verhandlungen und Friedensregelung spricht. Eine solche Verdoppelung der Persönlichkeit hilft nicht bei einer richtigen Orientierung in der Situation.
Meine Einschätzung besteht darin, dass sie versuchen, diesen Konflikt einzufrieren, den Waffenstillstand zu erreichen und Zeit zu gewinnen, um die Ukraine wieder mit Waffen vollzupumpen, eine neue militärische Infrastruktur zu schaffen und ihr neue tödliche weitreichende Waffen zu übergeben. Zumindest wird ein solches Szenario von US-Politologen dargelegt. In der Zeitschrift ‹Foreign Affairs› wurde ein Artikel von Richard Haass und Charles Kupchan veröffentlicht, in dem genau das dargelegt wurde – Waffenstillstand erreichen, eine Pause bekommen. Ja, Russland bekommt auch eine Pause, aber hinter der Ukraine steht der ganze Westen. Deswegen werden sie die Ukraine viel stärker machen und dann weiterhin die Ziele anstreben, die in der Formel Selenskys erwähnt sind.
Demagogie störte nie in der Diplomatie beim Erreichen einiger Ziele. Aber Diplomatie existiert gerade mit dem Ziel, imitierte Handlungen von der Realität zu unterscheiden.

Frage: Trotz des Drucks versuchen die Griechen, die grosse griechische Diaspora im Asow-Gebiet nicht zu vergessen. Wir verstehen, dass die jetzige Regierung nichts sagen und machen wird. Inwieweit ist Russland offen zur Volksdiplomatie der Staatsbürger aus unfreundlichen Ländern? Können westliche Europäer nach Mariupol kommen und bei der Wiederherstellung der Stadt helfen? Es gibt Studenten, die mit einheimischen Studenten sprechen wollen, einige schlagen vor, die Sprache zu unterrichten, denn dort ist ein Mangel an Griechisch-Lehrern zu erkennen. Ich wurde von Juristen gefragt, ob Ausländer zur Teilnahme am Prozess gegen Nazis in Rostow eingeladen wurden. Wir sehen erstaunt, dass Westeuropäer nach Moskau kommen, sich mit dem Patriarchen von Moskau treffen. Wir sehen, wie Muslime und Juden Initiative zeigen. Gibt es seitens der orthodoxen Anführer bzw. Organisationen irgendeine Initiative, insbesondere wenn in der Ukraine orthodoxe Hierarchen verfolgt werden, Kirchen und Kloster geschlossen werden?

Sergej Lawrow: Sie haben gefragt, ob Griechenland bzw. griechische Volksdiplomatie den Griechen, die im Gebiet des Asowschen Meeres wohnen, Unterstützung leisten können. Zeigten diese diplomatischen Volksorganisationen solche Initiativen?
Antwort: Organisatorisch nicht. Aber in einzelnen Fällen gibt es Menschen, die Interesse haben, sich Sorgen machen …
Wenn sie fragen, sagen Sie Ihnen, dass Sie lieber nicht fragen, sondern formulieren, wie sie helfen können, was und wo sie etwas tun können. Solche Vorschläge kann man via unseren Botschafter übergeben.
Zu den Treffen mit der russischen Führung und Patriarch Kirill reiste der Kardinal des Vatikans auf Bitte des Papstes. Wir treffen uns mit jüdischen und muslimischen Gemeinden. Die Gemeinden, die an Kontakten interessiert sind, haben immer die Möglichkeiten, sie durchzuführen. Ich erinnere mich nicht an irgendwelche Vorschläge, Mitwirkung, Kontakt zum Meinungsaustausch seitens der internationalen Orthodoxie, Patriarch von Konstantinopel. Es gab so was nicht. Sie wissen doch, dass der Patriarch von Konstantinopel in einem sehr engen Kontakt mit den USA steht, die ihn finanzieren. Er macht alles, um die internationale Orthodoxie zerfallen zu lassen. Das ist offensichtlich. Die Amerikaner verheimlichen das auch nicht. Sie haben sogar einen Gesandten für Glaubensfreiheit, der sich damit befasst, alles umgekehrt zu machen. Er versucht es mit orthodoxen lokalen Kirchen zu vereinbaren, damit sie die Idee einer Trennung von der Russischen Orthodoxen Kirche umsetzen.
Wenn Sie und Ihre Kollegen ein Interesse daran haben, in Russland humanitäre Projekte (Griechisch-Lehrer usw.) umzusetzen, sehe ich kein Problem, dass sie entsprechende Vorschläge vorlegen und an uns schicken.
Sie fragen, ob wir solche Vorschläge von Staatsbürgern unfreundlicher Länder akzeptieren können. Wir haben keine unfreundlichen Völker. Es wäre richtiger zu sagen, dass wir unfreundliche Regierungen haben. Und mit den Völkern hatten wir nie Probleme, auch mit dem griechischen Volk.

Frage: Vor rund einem Jahr hinderten die Länder um Serbien, genauer gesagt die Nato, Sie beim Belgrad-Besuch. Wird ein neuer Versuch erörtert? Auf welcher Ebene erfolgen Kontakte zwischen Moskau und Belgrad? Passt das Moskau?

Sergej Lawrow: Vor etwas mehr als einem Jahr, Anfang Juni 2022 war tatsächlich meine offizielle Reise nach Serbien geplant. Wir tauschen regelmässig Besuche mit serbischen Freunden aus. Der Westen störte bei dieser Reise, wobei die Nachbarländern Serbiens gezwungen wurden, den Durchflug unseres Flugzeugs zu verbieten. Wir sehen hier keine Gründe, den serbischen Freunden dies übelzunehmen.
Wie kann man das nachholen? Wir haben es mit dem Aussenminister Serbiens, meinem alten guten Freund Ivica Dacic vereinbart, dass er in dieser Situation in die Russische Föderation kommen wird. Es werden konkrete Fristen abgestimmt. Ich weiss nicht, ob das von mir jetzt Gesagte neue freche Forderungen des

Westens auslösen wird, dass Ivica Dacic nach Russland nicht kommen soll. Jedenfalls haben wir eine solche Vereinbarung.
Wie sich der Westen verhält, wird durch den Fakt illustriert, dass wir im September 2022 mit dem vorherigen Aussenminister Serbiens in New York bei der UN-Generalversammlung einen Plan der Konsultationen zwischen den Aussenämtern unterzeichneten. Erinnern sie sich daran, welche Hysterie US-amerikanische und europäische Vertreter entfachten? Es wurde verurteilt, dass Serbien in einer solchen Zeit einen Plan der Konsultationen mit dem russischen Aussenminister unterzeichnet. Es geht bereits um die Besessenheit von eigener Grösse, unerschütterlicher Sicherheit der eigenen Richtigkeit im Sinne dessen, was ich in der Einführungsrede sagte. Die grosse ‹goldene Milliarde› diktiert allen mit denen sie kommunizieren ihre eigenen Regeln und bestimmen, was sie unterzeichnen dürfen.
Ich hoffe, dass das serbische Volk die jetzige schwere Situation überwindet, wenn man die Vereinbarungen, die noch vor zehn Jahren erreicht worden waren, über die Gemeinschaft der serbischen Munizipalitäten untergraben will. Es wurde versucht, Munizipalitäten im Norden des Kosovo in den von Serben besiedelten Gebieten zu schaffen, damit sie ohne Vertreter der Serben funktionieren, sowie viele andere Handlungen, die von der EU und den USA unternommen werden.
Wir sind solidarisch mit dem serbischen Volk bei der Position zur Verteidigung der Resolution 1254 der UN-Generalversammlung, aller Prinzipien, die von der internationalen Gemeinschaft abgestimmt und in der UNO gebilligt wurden.
Unsere Kontakte mit Serbien sind regelmässig. Wir sind dem Präsidenten Serbiens, Aleksandar Vucic und den Ministern dieses Landes dankbar, dass sie immer zu Kontakten mit unserem Botschafter bereit sind. Das ist nützlich. Wir haben immer die Möglichkeit, per Telefon zu sprechen. Ich erwarte Ivica Dacic für einen Besuch, wenn er eine passende Frist findet.

Frage: Wie ist die Situation nach der Überflutung in Kachowka? Reicht die erwiesene Hilfe aus?

Sergej Lawrow: Wir geben regelmässig Informationen über das Wasserkraftwerk Kachowka. Die einheimischen Behörden veröffentlichen Berichte und Videos. Der Dnjepr kehrte zu seinen Grenzen zurück. Es wurde ein bedeutender Schaden nach der Überflutung zugefügt. Jetzt wird er umgehend beseitigt. Ich denke, dass der Schaden für zivile Bauten umgehend beseitigt wird. Die Wiederherstellung des Staudamms wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Daran wird gearbeitet.

Frage: Sie haben gesagt, dass es in der Zentralafrikanischen Republik und Mali militärische Spezialisten geben wird. Sind es Spezialisten von ‹Wagner› oder des Verteidigungsministeriums Russlands?

Sergej Lawrow: Mit der Zentralafrikanischen Republik und anderen afrikanischen Ländern haben wir enge militärtechnische Verbindungen.
In der Zentralafrikanischen Republik funktionieren seit langem einige hundert russische Instrukteure aus dem Verteidigungsministerium. Das ist ein offizieller Staatsvertrag, auf dessen Grundlage sie sich dort befinden und der Armee dieses Landes helfen, Offiziere zu trainieren. Sie bildeten bereits einige tausend Militärs aus. Sowohl Präsident, als auch die Regierung dieses Landes schätzen die Qualität dieser Vorbereitung hoch ein.
Was ‹Wagner› betrifft, die dort sowie in einigen anderen afrikanischen Ländern tätig war, war es eine Vereinbarung zwischen den entsprechenden Regierungen und dieser Firma. Noch vor zwei Jahren, im September 2021 sagte der Aussenminister Malis, Abdoulaye Diop, auf der UN-Generalversammlung, dass die Republik Mali über die Aussichten der Gewährleistung ihrer Sicherheit, aufgrund des Beschlusses der französischen Regierung, die Operation Barhan abzuschliessen, und des Beschlusses der EU, Mali zu verlassen, besorgt ist. Darunter die Schliessung französischer Militärstützpunkte im Norden, also im gefährlichsten Gebiet, wo ernsthafte Bedrohungen seitens der terroristischen Einheiten, die nach Mali und in andere Länder Afrikas kamen, nachdem Nato-Länder unter aktiver Teilnahme Frankreichs den Libyschen Staat zerbombt und ihn in ein schwarzes Loch, über das Terroristen unter anderem in die Zentralafrikanische Republik und Mali strömten, verwandelt hatten, bestehen.
Wie das Schicksal dieser Vereinbarungen zwischen afrikanischen Ländern und ‹Wagner› sein wird, darüber werden in erster Linie die Regierungen der entsprechenden Länder entscheiden. Inwieweit sie daran interessiert sein werden, diese Form der Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Sicherheit der Machtorgane fortzusetzen.

Frage: Werden die tragischen Ereignisse in der Ukraine während des Maidans in Odessa und Mariupol im Jahr 2014 sowie in Butscha im Frühjahr 2022 unter der UN-Ägide ermittelt?

Sergej Lawrow: Wir wissen davon nichts. Wir verweisen auf die Notwendigkeit, diese schrecklichen Verbrechen zu ermitteln. Maidan im Februar 2014, Odessa im Mai 2014. Diese Tragödien, diese Verbrechen, die live übertragen wurden – diejenigen, die Menschen erschossen, die aus den Fenstern des brennenden Hauses der Gewerkschaften sprangen, um sich zu retten, nahmen das alles auf. Und sie zeigten sich dabei sehr stolz – sie fühlten sich offensichtlich als wahre Helden, die ‹gegen die Russen› kämpften. Damals empörten sich viele Menschen in Europa darüber. Das Ministerkabinett des Europarats (wir waren damals Mitglied) beschloss damals (auch wenn nicht ohne Probleme), ein spezielles Beratungsgremium zu bilden, das die ukrainische Seite bei der Ermittlung unterstützen sollte. So wurde das angekündigt, wurde jedoch nie in die Tat umgesetzt. Was die Ereignisse auf dem ‹Maidan› angeht, so wurden einige ‹Berkut›-Kämpfer festgenommen – und das war das Einzige, was erreicht werden konnte. Sie wurden verfolgt. Was die Ereignisse im Haus der Gewerkschaften anbelangt, so werden, soweit ich verstehe, immer noch etliche Menschen verfolgt, die sich gegen die ‹Maidan›-Aktionen wehrten. Da müssen wir über Gerechtigkeit und Justiz erst gar nicht reden.
Alle Handlungen der ukrainischen Behörden, die jedwede Dinge aus ihrem rechtlichen Raum entfernen und ausrotten, die auf diese oder jene Weise mit der russischen Sprache, mit dem Bildungswesen in russischer Sprache, mit russischen Massenmedien verbunden sind, provozieren nur den Hass.
Ich habe heute schon viele Beispiele dafür angeführt, wie die Kiewer Behörden aufriefen, Russen zu töten. Das tat auch Wladimir Selensky, der gesagt hat, dass diejenigen, die sich für Russen halten, nach Russland abhauen sollten, und diejenigen, die jetzt im Kreml sind, nie von selbst sterben würden. Und seine Kollegen, insbesondere Aussenminister Dmitri Kuleba (der lernt Diplomatie offensichtlich bei Josep Borrell), sagte vor ein paar Monaten, dass es für die Einstellung des Kriegs in der Ukraine genügen würde, den Präsidenten Russlands zu beseitigen. Dabei trat er in einer westlichen privaten demokratischen Institution auf. Da haben wir keine Illusionen.
Nehmen wir einmal die Situation um die Skripals. Vor kurzem haben wir die Briten abermals aufgefordert, uns mitzuteilen, wo sich unsere Bürger befinden – seit 2019 haben wir von ihnen nichts gehört. Es wurde behauptet, sie wären ‹highly likely› vergiftet worden – von russischen Geheimdienstlern. Aber es wurden keine Beweise dafür angeführt.
Oder nehmen wir auch die ‹Vergiftung› Alexej Nawalnys – auch da bleiben viele unserer offiziellen Anfragen an Deutschland, Schweden, Frankreich, die OPCW ohne Antwort. In Deutschland sagt man, man könne uns nicht die vollständigen Analysenergebnisse zeigen, weil dafür die Bundeswehr zuständig war bzw. ist, und deshalb könnten wir in diesem Fall irgendwelche ‹Geheimnisse› auf dem Gebiet der Biowaffen erfahren, die deutschen Militärs bekannt sind. Dann wurden diese Analysen an die OPCW weitergeleitet. Wir haben uns an die OPCW gewandt, aber die Antwort bekommen, die Deutschen hätten es verboten, diese Daten Russland zu überlassen.
Erwähnenswert sind auch die jüngsten Beispiele, die die Ukraine betreffen. Im Juli 2014 wurde bekanntlich im Himmel über dem Donbass eine Boeing aus Malaysia abgeschossen. Alle Zeugen bis auf einen (und es gab insgesamt 15 Zeugen) waren anonym – vor Gericht wurden keine Namen genannt. Die Amerikaner erklärten, sie hätten Satellitenbilder, die angeblich beweisen, dass das Militärs vom Territorium der Donbass-Region getan hätten. Unsere Rechtsanwälte verlangten, diese Bilder zu zeigen, doch die Amerikaner weigerten sich, das zu tun. Und das niederländische Gericht sagte, es glaube den Amerikanern auch so. Das war ja wie im bekannten Witz, wenn jemand am Kartentisch Platz nimmt, ohne die Spielregeln zu kennen.
Und das jüngste Beispiel sind die Ereignisse in Butscha, die zum Vorwand für eine neue Welle von Sanktionen und einer neuen Hysterie im westlichen Lager wurden. Ich darf daran erinnern, dass diese Provokation drei Tage nach dem Abzug unserer Truppen aus dieser Stadt stattgefunden hat – als wir hofften, die ukrainische Regierung würde die in Istanbul getroffenen Vereinbarungen erfüllen. Drei Tage lang trat der Bürgermeister Butschas im TV auf und sagte, dass man wieder ‹zu Hause› sei. Und drei Tage später wurden der Welt Dutzende Leichen gezeigt. Nicht irgendwo, in einem entlegenen Garten versteckt, sondern auf einer Strasse im Stadtzentrum. Seit dieser Zeit verlangen wir, wenigstens die Namen dieser Menschen zu veröffentlichen, und über Veröffentlichung der Einzelheiten der Ermittlung müssen wir gar nicht reden – falls sie überhaupt geführt wird.
Ich habe im September 2022 in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats in New York den UN-Generalsekretär António Guterres aufgerufen, seine Autorität zu nutzen und darauf zu bestehen, dass der Weltgemeinschaft die Namen der angeblichen Opfer russischer Soldaten mitgeteilt werden. Das ist aber vorerst nicht passiert. Bei unseren Treffen erinnere ich den Herrn Generalsekretär daran. Aber wir können wohl kaum damit rechnen, dass unsere westlichen Kollegen und das UN-Sekretariat, das vom Westen stark unter Druck gesetzt wird, diese Situation ehrlich bewertet und objektiv ermittelt – trotz unserer Forderungen.

Frage: Wie erfolgt die Wiedervereinigung der Kinder, die während der militärischen Sonderoperation aus Russland ausgeführt wurden, mit ihren Eltern und offiziellen Vertretern? Wie ist der Status der Kinder, die sich auf dem Territorium Russlands aufhalten?

Sergej Lawrow: Ich habe darüber schon gesprochen – Sie haben wohl darauf nicht geachtet. Sie gelten als provisorische Zwangsumsiedler. Manche von ihnen haben provisorische Betreuer. Praktisch niemand von ihnen wurde adoptiert, wenn man bedenkt, dass sich allmählich herausstellt, dass sie Eltern haben, die bereit sind, ihre Kinder abzuholen. Es gibt etliche Kinder in russischen Kinderheimen, deren Eltern am Leben sind, sie aber dorthin abgegeben haben. Sie hatten wohl gar nicht vor, ihre Kinder später wieder abzuholen. Was den Status und die Zusammenführung der Familien angeht, so hatten wir ein ganzes Briefing im UN-Sicherheitsrat, wo die Präsidentenbeauftragte für Kinderrechte, Maria Lwowa-Belowa, auftrat. Sie hat die Situation ausführlichst geschildert. Die Namen aller Kinder lassen sich leicht in offenen Quellen finden. Wenn die Eltern dieser Kinder erfahren, dass sie sich in Russland befinden, und sie abholen wollen, dann haben sie die Möglichkeit, das zu tun. Ich kann Ihnen empfehlen, sich an den Apparat Maria Lwowa-Belowas zu wenden (falls das Internationale Strafgericht Ihnen das nicht verboten hat), um einen ausführlichen Kommentar zu erhalten.

Frage: Wie ist die Position unseres Aussenministeriums zur Situation am AKW Saporoschje? Die ukrainische Seite hat gestern erklärt, sie führe eine Anti-Strahlungs-Übung durch und verteile Jod. Wie gross ist diese Gefahr, die Kiew modelliert? Wie verhält sich unser Land dazu?

Sergej Lawrow: Wir kommentieren das regelmässig. Gestern haben wir in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats wieder ein offizielles Dokument verbreitet, in dem wir unsere grosse Besorgniss um die Fakten zum Ausdruck brachten, die vom provokanten Vorgehen der ukrainischen Seite zeugen. Man behauptet, wir würden uns selbst sprengen, indem wir uns auf dem Gelände eines nuklearen Objekts befinden. Muss ich das kommentieren? Das ist nichts als Lüge, die typisch für die aktuelle ukrainische Führung ist. Sie verbreitet immer wieder irgendwelchen Schwachsinn und behauptet, das wären enorm wichtige Aufgaben, und verlangt vom Westen, diese schwachsinnigen Initiativen zu unterstützen.
Sehen Sie sich nur an, in welchem Ton er (Selensky) mit seinen westlichen Partnern spricht! Irgendein Assistent Selenskys sagte einmal, sie verlangen, dass die Nato auf ihrem Gipfel die Entscheidung über den Start des Beitrittsprozesses der Ukraine treffen sollte – sonst würde er nicht dorthin reisen. So sprechen sie mit ihren Schutzherren, von denen sie zu 100 Prozent abhängen, ob finanziell oder in allen anderen Aspekten.
Was das AKW Saporoschje angeht, so befinden sich dort schon seit vielen Monaten IAEO-Experten. Sie schicken regelmässig ihre Berichte an ihr Hauptquartier in Wien. Sie können das sogar tagtäglich tun – das ist ihre Entscheidung. Diese Experten, wie auch IAEO-Chef Rafael Grossi, der das AKW Saporoschje persönlich besuchte, wissen genau, wer das Kraftwerk beschiesst. In letzter Zeit gibt es wesentlich weniger solche Angriffe, aber erst vor kurzem wurde es regelmässig beschossen. Sie wissen genau, dass dies gefährlich und böse enden könnte. Aber auf unsere Forderungen, ihre Position offiziell zu formulieren und zu berichten, was sie am AKW Saporoschje mit ihren eigenen Augen sehen, sagen sie uns leider, dass ihr Mandat gar nicht vorsieht, die Schuldigen festzustellen. Deshalb schreiben sie einfach ‹Angriffe›. Jetzt rufen wir sie auf, wenigstens die geografische Richtung zu nennen – dabei geht es nicht um die Feststellung der Schuldigen.
Die Ukrainer spielen gefährliche Spiele. Wir wissen, wie sie ‹Tragödien› inszenieren können. Was die Vergabe von Jod und anderen Präparaten angeht … Sie haben einst das Massaker in Butscha und einen russischen ‹Raketenschlag› gegen den Bahnhof in Kramatorsk inszeniert. Allerdings stellte sich später heraus, dass das eine amerikanische Rakete gewesen war. Auch viele andere Dinge werden inszeniert. Sie sehen ja, was man sich als Clown und Schauspieler alles einfallen lassen kann. Aber damit müssen wir nun einmal leben.

Frage: Als Sie die Frage unseres Kollegen aus Finnland beantworteten, haben Sie gesagt, dass Sie keine Notwendigkeit in der diplomatischen Präsenz sehen, welche es früher gab. Sie wissen doch, dass Bukarest vor kurzem ebenfalls gebeten hat, die Zahl der Mitarbeiter der Botschaft auszugleichen. Welches Niveau könnte Ihres Erachtens diese Spirale der gegenseitigen Beschränkungen und Ausweisungen erreichen? Dmitri Medwedew sagte ja 2022, dass an die Tore von Botschaften Schlösser gehängt werden sollten.

Sergej Lawrow: Ich habe das gesagt und denke das wirklich. Jeder objektive Analyst wird ja zustimmen, dass es in der Situation, die von unseren westlichen Partnern (der Nato und der EU) geschaffen worden ist, gar nicht nötig ist, die diplomatischen Kontakte genauso intensiv wie in besseren Zeiten zu pflegen, als wir in Freundschaft lebten, kooperierten, gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegten, gegenseitige Investitionen tätigten, Geld verdienten, als unsere Menschen einander als Touristen besuchten. Jetzt ist das gar nicht nötig, denn die Kontakte sind zu 90 Prozent auf Eis gelegt worden.
Unsere diplomatische Präsenz bleibt erhalten. Auch Finnland ist bei uns präsent. Der einstige Umfang dieser Präsenz ist nicht mehr nötig. Wir möchten, dass Botschaften und Generalkonsulate normal arbeiten, dass sie nicht auf Probleme bei der Auszahlung von Gehältern und bei Geldüberweisungen stossen. Wir

waren nicht diejenigen, die diese Probleme initiiert haben, und dasselbe gilt für Ausweisung von Diplomaten und auch für die Forderung nach der Parität. Wir können Paritäten festlegen, aber das war bzw. ist nicht unsere Wahl.
Die absolut meisten ausländischen Botschaften in Russland haben russische Bürger angestellt, für die die Quoten diplomatischer Mitarbeiter nicht gelten. Wir tun so etwas nicht. Unsere Arbeiter, die diese Jobs machen, kommen ebenfalls aus Russland. Wenn wir alles nach dem Prinzip ‹Zahn um Zahn, Auge um Auge› behandeln würden, könnte es viel zu weit gehen. Wir werden jetzt eine ähnliche Situation mit den Amerikanern und Engländern haben, weil sie diese ‹Kürzungen› und ‹Ausweisungen› initiiert haben, weil unsere Diplomaten zur ‹persona non grata› erklärt werden.
Wissen Sie noch, wie diese Situation mit den Amerikanern entstand? Alles begann im Dezember 2016, nachdem Donald Trump zum Präsidenten gewählt worden war, und Barack Obama noch drei Wochen blieb bis zum Abschied aus dem Weissen Haus. Unmittelbar vor Silvester hat Obama beschlossen, ‹die Tür zuzuknallen›, um Trump ein gewisses ‹Erbe› in den Beziehungen mit unserem Land zu überlassen – oder war er einfach böse. Es wurden mehrere Dutzende von unseren Diplomaten ausgewiesen. Dann wurden uns fünf Immobilien weggenommen, für die eigentlich die diplomatische Immunität im Sinne von entsprechenden internationalen Verträgen galt. Damals beschlossen wir, bis Sommer abzuwarten, so dass die US-Administration unter Donald Trump die Situation wieder gut machen könnte. Das ist jedoch nicht passiert, und dann ergriffen wir Gegenmassnahmen. In der Diplomatie gilt immer das ‹Spiegelprinzip›, egal ob gegenseitige Beziehungen positiv oder negativ sind, ob es um gegenseitige Zugeständnisse oder um Flegelei geht.

Frage: Welche Phase hat die Vorbereitung des baldigen Russland-Afrika-Gipfels erreicht? Welche afrikanischen Spitzenpolitiker werden erwartet? Welche wichtigen Dokumente könnten bei diesem Gipfel unterzeichnet werden?

Sergej Lawrow: Die Vorbereitung des Gipfeltreffens hat schon die Abschlussphase erreicht. Wir erreichen schon die Zielgerade. Praktisch alle Länder haben ihre Teilnahme bestätigt. Mehr als die Hälfte der afrikanischen Länder wird dabei auf höchster Ebene vertreten sein, obwohl man sie unverschämt unter Druck setzt und verlangt, dass sie das Niveau ihrer Präsenz senken. So sind nun einmal die Manieren unserer westlichen Kollegen.
Ich darf abermals daran erinnern: Als unsere militärische Sonderoperation begann, haben wir ihre Gründe erklärt. Präsident Putin trat mit einer Ansprache auf, die alle gesehen und gehört haben. Die Gründe für die Sonderoperation hatten sich jahrelang angehäuft, und es begann mit dem Betrug, als die Nato versprochen hatte, dass sie sich nicht erweitern würde – und es endete mit dem Staatsstreich, nach dem wahre Rassisten an die Macht gekommen sind, die die russische Sprache verbieten und Russen aus der Ukraine verdrängen wollten. Ich habe schon erwähnt, dass sie drohten, Russen zu töten, egal wo sie sie finden würden. Dadurch entstand für uns eine alternativlose Situation, in der wir keine andere Wahl hatten, als eine Sonderoperation zu starten. Das alles haben wir ausführlich erläutert. Der Westen hat das verurteilt – aber er sollte lieber alle anderen in Ruhe lassen – die meisten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Diese Länder sollten wie Erwachsene behandelt werden, und ihr Recht sollte respektiert werden, sich die Einschätzung der Situation durch Russland und den Westen anzuhören und dann selbst zu entscheiden, wie ihre Position sein wird. Wir verlangen nie etwas von anderen und erläutern unsere Position. Der Westen erläutert aber nichts und sagt, Russland sei «eine Gefahr, und man sollte mit ihm keine Kontakte pflegen», seine Tage seien ‹gezählt›, und deshalb sollte man «nicht auf das Pferd setzen, das schon verloren hat». So sind heutzutage ‹diplomatische Spiele› – das weiss ich genau.
Ich habe in den letzten paar Jahren mehrmals Afrika besucht. Meine Kollegen erzähletn mir, welchem Druck sie widerstehen müssen. Das gilt bei der Frage über ‹Demokratie› und die Position des Westens zu anderen Ländern und zur Forderung der UN-Charta, die souveräne Gleichheit von Staaten zu respektieren. Darauf pfeift der Westen einfach! Er glaubt nur, dass er selbst alles darf, und die anderen dürfen nur das tun, was ihnen die ‹goldene Milliarde› erlaubt.
Die meisten Länder werden auf höchster Ebene präsent sein. Es werden eine grosse Erklärung und ein Dokument vorbereitet, in dem die mittelfristigen (für einige Jahre) Pläne zur Kooperation zwischen Russland und den afrikanischen Ländern geschildert werden sollen. Am Rande des Gipfels werden auch ein Wirtschaftsforum und ein Medienforum stattfinden. Das wird eine intensive Veranstaltung auf mehreren Plattformen sein. Ich bin sicher, dass sie interessant sein wird.

Frage: Können Sie die Angaben der UNO zu zivilen Verlusten in der Ukraine bestätigen? Denken Sie, dass die sogenannte ‹militärische Sonderoperation› zu einer Verbesserung der humanitären Situation in der Ukraine, im Donbass und in den an Russland grenzenden Regionen geführt hat?

Sergej Lawrow: Was die humanitäre Situation angeht, so ist das eines der Ziele unserer militärischen Sonderoperation. Hat es Ihnen gepasst, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selensky noch im Sommer 2021 verlangt hatte, dass alle Menschen, die mit der russischen Kultur verbunden sind, aus der Ukraine nach Russland ‹abhauen› sollten, als er Russen als ‹Kreaturen› und nicht als ‹Menschen› bezeichnet hatte, als Mitarbeiter seiner Administration solche Menschen als ‹Unmenschen› bezeichnet hatten und als in der Tat Gesetze verabschiedet worden waren, aufgrund derer alles, was russisch ist, in der Ukraine vernichtet werden sollte, darunter die Territorien, die jahrhundertelang von Russen besiedelt waren, wo sie Städte gründeten und die Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft entwickelten? Und gleichzeitig werden dort Nazis heroisiert, Denkmäler von Soldaten abgerissen, die im Zweiten Weltkrieg den Faschismus besiegt haben. Halten Sie das für eine normale humanitäre Situation? Ob die humanitäre Situation normal war, als schon nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen (sogar noch früher, also gleich nach dem Staatsstreich) tagtäglich zivile Objekte bombardiert wurden: Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten? Damals plädierten wir dafür, dass die OSZE-Mission (die damals noch da war) sich einmischen und die Wahrheit veröffentlichen sollte. Ihre Mitglieder weigerten sich aber jahrelang, Informationen darüber zu veröffentlichen, wer wen angreift, und teilten nur mit, dass an der Trennungslinie im Laufe einer Woche so und so viele Angriffe registriert worden waren und so und so viele zivile Objekte getroffen und so und so viele Zivilisten zu Schaden gekommen waren. Wir baten sie, als OSZE-Vertreter alles objektiv zu schildern. Nach zahlreichen Erinnerungen (und wider der Forderung Kiews, diese Angaben nicht zu veröffentlichen) legten sie Fakten auf den Tisch, laut denen praktisch alle Angriffe von der ukrainischen Seite begonnen worden waren, während das Donbass-Volksheer lediglich darauf reagiert hatte. Die Zahl der Opfer und zerstörten Objekte auf diesem Territorium war fünfmal so gross wie auf dem Territorium, das von den Ukrainern besetzt war.

Jetzt zeigen wir im Fernsehen Angriffe der ukrainischen Streitkräfte gegen zivile Objekte. Ich habe nie gesehen, dass im ukrainischen Fernsehen oder in ukrainischen sozialen Netzwerken gezeigt worden wäre, wie irgendein militärisches Objekt auf dem russischen Territorium getroffen worden wäre. So etwas gab es nie, oder habe ich vielleicht etwas verpasst? Aber selbst wenn es so etwas gegeben hat, dann war das ein Einzelfall.

Unsere Streitkräfte und alle Teilnehmer der militärischen Sonderoperation greifen nicht zivile Objekte an. Sie sollten nicht vergessen, dass seit ihrem Anfang etliche Fakten registriert wurden, dass ukrainische Militärs ihre schwere Technik vor Hochhäusern, in Schulhöfen oder sogar in Innenräumen aufgestellt hatten. Solche Videos lassen sich im Internet und in sozialen Netzwerken leicht finden. Dass sie absichtlich unsere Schläge gegen schwere Waffen in der Umgebung von zivilen Objekten provozieren, ist auch sehr schmutzig. Unsere Armee sucht nie zivile Objekte als Ziele aus. Sie schiesst nur auf Objekte der militärischen Infrastruktur. Und von der ukrainischen Seite sehen wir, dass friedliche Objekte zerstört werden.

Wenn Bulgarien als Freund des jetzigen Regimes über Informationen verfügt, welche Militärobjekte die Ukraine auf russischem Territorium getroffen hat, um irgendwie zu rechtfertigen, was sie gerade anstellt, indem sie Wohnviertel beschiesst, wäre ich dankbar, wenn man diese Informationen veröffentlichen würde.

Was Verluste angeht, so habe ich keine Informationen, woher die UN-Vertreter diese Daten bekommen. Jedenfalls fragten sie uns nie nach diesen Angaben.

Frage: Der ukrainische Präsident Wladimir Selensky hat dafür plädiert, dass in diesem Land dem Englischen der internationale Status für Kommunikation verliehen werden sollte. Zudem sollten orthodoxe Feiertage, darunter Weihnachten, verschoben werden. Wir verstehen alle, dass Menschen, die jahrhundertelang Russisch sprachen, unmöglich über Nacht beginnen können, Englisch zu sprechen und Weihnachten am 25. Dezember zu feiern.

Die russischen Geheimdienste haben erklärt, dass etliche Wertgegenstände aus dem Kiewer Höhlenkloster nach Europa überführt werden könnten, damit sie vor angeblichen russischen Raketenschlägen gerettet werden. Das sieht danach aus, wie unsere Feinde während des Grossen Vaterländischen Kriegs Wertgegenstände aus der Sowjetunion ausführten, die sich dann quasi in der Luft aufgelöst haben – sie wurden ausgeraubt und auf dem Schwarzmarkt verkauft. Wird das Aussenministerium Russlands dies beobachten? Wird Russland versuchen, diese Wertgegenstände zurückzuholen?

Sergej Lawrow: Wir haben uns schon an die UNESCO-Generaldirektorin, Audrey Azoulay, gewandt und sie beteuerte, dass ihre Organisation damit nichts zu tun hätte. Aber bei unserer Frage geht es um etwas anderes. Wenn die UNESCO sich daran beteiligt hätte, dann wäre das eine Verletzung von allen möglichen Normen und Satzungen gewesen.

Unabhängig davon, ob jemand um Hilfe gebeten hat, ist die UNESCO bevollmächtigt, sich mit solchen Situationen zu befassen und das Kulturerbe zu schützen. Es gibt eine spezielle Liste, um das Kulturerbe zu schützen, und das Kiewer Höhlenkloster steht auf dieser Liste.

Wir verlangen weiterhin nach Informationen darüber, was sich dort in Wirklichkeit abspielt und ob solche Berichte begründet sind. Unter anderem überprüfen wir die jüngsten Informationen, dass mehrere Ikonen in den Louvre gebracht worden seien, mit denen die Ikonenmalerei einst begonnen hatte. Wer diese Ikonen geschaffen hat und wo sie bisher gelagert wurden, ist unklar: Diese Ikonen seien einfach «aus der Ukraine in den Louvre gebracht» worden. Mitarbeiter des Museums haben das bereits bestätigt. Auf die präzisierende Frage, was das für Ikonen sind und woher sie stammten wurden, hat man geantwortet, das sei ein Geheimnis. Ein Geheimnis ist auch, wie lange sie im Louvre bleiben werden.
Hier gibt es viele Journalisten. Stellen Sie diese Fragen mal an Mitarbeiter des französischen Museums – das ist wichtig, insbesondere aus der Sicht der Aufrechterhaltung des historischen Erbes und Gedächtnisses.

Frage: Mit dem Problem der Kinder aus der Ukraine ist die Tatsache verbunden, dass der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin erlassen hat. Dadurch entsteht das Problem der Garantien für die Unantastbarkeit des Präsidenten, wenn er zu internationalen Plattformen reist, zum Beispiel nach Südafrika zum BRICS-Gipfeltreffen. Sind Sie sicher, dass die russische Seite die Unantastbarkeit Präsident Putins garantieren kann?

Sergej Lawrow: Die Unantastbarkeit von Staatsoberhäuptern ist durch das Völkerrecht und entsprechende Konventionen garantiert. Was den Beschluss des Internationalen Strafgerichtshofs angeht, so geht es nicht um Unantastbarkeit, sondern vor allem um das Gefühl der Unantastbarkeit der Angelsachsen, die den Staatsanwalt Karim Khan (der übrigens ethnischer Pakistaner mit britischem Pass ist) gezwungen haben, unter Umgehung aller Verfahren und Regeln blitzschnell die Haftbefehle gegen Präsident Putin und die Präsidentenbeauftragte für Kinderrechte, Maria Lwowa-Belowa zu erlassen. Für jeden Menschen, der sie gesehen hat, steht die Absurdität dieses Haftbefehls ausser Frage.
Die Unantastbarkeit der Angelsachsen ist allgemein bekannt. Sie schaffen sie selbst für sich und verlangen von anderen, das zu erfüllen, was sie befehlen, ohne dass man sie berühren darf. Der vormalige Staatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs, Fatou Bensouda, versuchte einmal, ein Strafverfahren wegen der Verbrechen von US-Militärs in Afghanistan einzuleiten. Ihm wurde sofort gesagt, dass gegen ihn Sanktionen verhängt werden, und in den USA wurde sofort ein Gesetz verabschiedet, demzufolge jegliche Befehle des Internationalen Strafgerichtshofs nicht umgesetzt werden dürfen. Es gab Versuche zur Ermittlung von glaubwürdigen Verbrechen von Engländern und Australiern in Afghanistan, doch der Gerichtshof schwieg einfach. Damit hat er bewiesen, dass er sich von ausserhalb verwalten lässt, vor allem durch die Amerikaner und Briten.
Wir wissen, dass die Haftbefehle wider alle Regeln verschickt worden sind. Für die Ermittlung ausgerechnet dieser ‹Fälle› wurden zehn Millionen Pfund Sterling bereitgestellt, obwohl der Gerichtshof diese Ausgaben ordnungsgemäss einen nach den anderen finanzieren sollte – aus dem gemeinsamen Haushalt. Alle Menschen, die bereit sind, die Aktivitäten des Internationalen Strafgerichtshofs unvoreingenommen zu betrachten, wissen, dass dabei unfair vorgegangen wird.
Uns, wie auch viele andere Länder, darunter die USA, China und Indien, zwingt dieses Gremium zu nichts. Das ist ein offensichtliches Scheitern des Versuchs zur Vervollkommnung der internationalen Justiz.

Frage: Das Komitee der Parlamentarier für nationale Sicherheit und Aufklärung Kanadas hat in dieser Woche einen Bericht über Sicherheit in der Arktis veröffentlicht. Dabei wird extra auf die ‹russische Gefahr› geachtet. Im Vorfeld der Veröffentlichung brachte der kanadische Premier Justin Trudeau die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Kooperation mit Russland wieder aufgenommen werden könnte. Wie betrachtet Russland die Aktivitäten der westlichen Länder in der Arktis? Wie bewertet das Aussenministerium Russlands die Effizienz des Arktisrats, in dem Russland den Vorsitz vor kurzem Norwegen überlassen hat?

Sergej Lawrow: Der Arktisrat war einer der einmaligen Mechanismen zur Entwicklung einer gleichberechtigten und nicht politisierten Zusammenarbeit, zur Problemlösung im Hohen Norden, wobei im Mittelpunkt die Interessen von Kleinvölkern des Hohen Nordens standen, zur Förderung der umweltfreundlichen Produktion und der umweltfreundlichen Marschrouten. Dabei wurden (und werden) viele positive Dinge gemacht.
Die Freiheit dieser Struktur vom politischen Einfluss (was für sie in den früheren krisenreichen Jahrzehnten typisch war) wurde durch die Besessenheit der westlichen Länder von der Idee, Russland zu isolieren. Es wird inzwischen davon geredet, dass sich eine Rolle für die Nato finden sollte, die für die Sicherheit der Schifffahrt sorgen würde. Dafür sind wir zuständig und erfüllen diese Aufgabe sehr gut. Die Nordostpassage ist eine nationale Marschroute Russlands – sie liegt grösstenteils in unserem Hoheitsgewässer. Wir sind für ihre Sicherheit verantwortlich.

Unsere Kollegen im Arktisrat räumten immer ein, dass es in dieser Region keine Fragen gibt, die durch Anwendung der Militärgewalt gelöst werden müssten. Aber der ‹Appetit› der Nato wird immer grösser: Sie hat schon Finnland ‹geschluckt›, versucht jetzt, Schweden zu überreden, den Koran nicht zu verbrennen, um dieses Land schnellstmöglich in die Allianz zu locken. Diese Prozesse rufen keinen Optimismus hervor. Wir werden das alles bei unseren Handlungen im militärtechnischen Bereich berücksichtigen.
Im Grunde geht die Kooperation weiter, allerdings ohne Beteiligung der Regierungen. Es gibt Kontakte zwischen den Organisationen der Kleinvölker.
Dass die Kanadier uns als ‹grösste Gefahr› bezeichnen, gleichzeitig aber bereit sind, mit uns zu kooperieren, ist eine Äusserung der fehlenden Adäquanz des Westens. Man versteht ja, dass man auch künftig Russlands Nachbar bleiben wird (wir und Kanada sind immerhin Nachbarn). Aber gleichzeitig muss man den Auftrag des ‹grossen Bruders› erfüllen, der verlangt, uns immer und überall zur ‹Gefahrenquelle› abzustempeln.
Irgendwann wird sich die Kooperation der nördlichen Länder wieder normalisieren. Unsere Aufgabe ist, den Betrieb der Nordostpassage zu garantieren. Wir bemühen uns intensiv mit der Erweiterung ihrer Möglichkeiten und werden auch für ihre Sicherheit sorgen.

Frage: Die UNO bestätigt 480 Angriffe Russlands auf Schulen und Krankenhäuser in der Ukraine im vorigen Jahr und wirft der russischen Armee vor, 91 Kinder als ‹lebenden Schutzschild› ausgenutzt zu haben. Wie lässt sich das erklären?

Sergej Lawrow: Haben Sie mir etwa nicht zugehört? Ich habe eine ähnliche Frage schon beantwortet. Wir verstehen nicht, auf welche statistischen Angaben sich die UNO stützt. Wir haben UN-Vertreter darauf hingewiesen, dass wir Beweise für ihre Behauptungen sehen wollen. Wir haben keine Bestätigungen für absichtliche Angriffe der russischen Armee auf zivile Objekte gesehen.
Dass die Ukrainer das humanitäre Völkerrecht verletzen und Kriegsverbrechen begehen, indem sie zivile Objekte für diverse Beratungen von Söldnern, westlichen Generälen und Instrukteuren mit ihren Militärs nutzen, ist die Schuld der Ukraine. Wenn wir solche ‹Versammlungen› entdecken (eine solche Versammlung fand vor einigen Tagen in Kramatorsk statt), werden wir sie vernichten. Das sind Menschen, die uns den Krieg erklärt haben.
Ich würde die Nato-Länder, die die Ukrainer trainieren, bitten, darauf zu achten, dass die Ukrainer immer wieder zivile Infrastruktur nutzen, um dort ihre schweren Waffen aufzustellen.
Auch Spanien trainiert ukrainische Militärs. Aber dabei sollte man ihnen nicht nur beibringen, Russen zu töten, sondern auch auf die einfachsten Normen des humanitären Völkerrechts zu achten. Man darf nicht schwere Waffen auf dem Gelände von zivilen Objekten aufstellen – das ist ein Kriegsverbrechen.
Die UNO sollte daran interessiert sein, solche Fakten festzustellen. Unsererseits gäbe es keine Schwierigkeiten damit, solche Angaben bereitzustellen. Aber wie sie sie verwenden, ruft viele Fragen hervor. Ich habe schon gesagt, dass wir darüber besorgt sind, wie der Westen das UN-Sekretariat unverschämt unter Druck setzt – dafür gibt es viele Beispiele.
Ich hoffe, dass man einsehen wird, dass die UN-Charta vom Sekretariat Neutralität und Unvoreingenommenheit verlangt, dass das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten die Oberhand gewinnen wird, dass alle Seiten (auch die Nato und die EU) es respektieren werden und dass die UNO am Ende des Tages das Instrument zur Förderung der Multipolarität sein wird, das sie nach Auffassung ihrer Gründungsväter sein sollte. Seine Umsetzung wurde jahrelang von den westlichen Ländern behindert, die wollten, dass die UNO ihren Interessen dient (besonders nach der Auflösung der Sowjetunion). Seit gut 30 Jahren versucht der Westen, die UNO auszunutzen – das kann aber keinen Erfolg haben.
Alle sollten wieder die Basisprinzipien der UN-Charta einhalten. Sie sollten sie nicht nur bestätigen, sondern sich auch praktisch danach ausrichten. Ich hoffe, dass dieser Aufruf nicht infrage gestellt wird. Das ist ein Aufruf zum Respekt für Dinge, die von allen Mitgliedern der Weltgemeinschaft ratifiziert wurden.

Ein Artikel von amerika 21; 15. Juli 2023 um 11:45

Europa verfügt nicht über die Komponenten, die in Elektroautos verwendet werden und die einen der Schlüssel zur Nachhaltigkeit des umweltfreundlichen Verkehrs darstellen. Von den verwendeten Rohstoffen sind 90 Prozent des Lithiums in drei Regionen konzentriert (Australien, Südamerika und China); 70 Prozent des Kobalts befinden sich in der Demokratischen Republik Kongo; Europa produziert auch kein Aluminium mehr, während China bei den Seltenen Erden dominiert und mehr als 75 Prozent der Lithium-Ionen-Batteriezellen weltweit herstellt. Wie gut wäre es, von der Abhängigkeit von billiger russischer Energie, für die es ein Geschäftsmodell gab, zu einer Abhängigkeit von chinesischen Autos, Komponenten und Ersatzteilen überzugehen? Schauen wir uns das mal genauer an. Von Alejandro Marcó del Pont.

Die Ersetzung von Verbrennungsmotoren durch Elektro- und Hybridmotoren, Biokraftstoffe usw. hat mehrere Unzulänglichkeiten. Eine der wichtigsten besteht darin, dass wir über schadstofffreie Autos sprechen und nicht über den Verkehr im Allgemeinen und den öffentlichen Verkehr im Besonderen mit erneuerbaren Energien, was die Idee erschreckend individualistisch macht. Es ist eine Sache, dass ein Auto emissionsfrei ist, sobald es fährt, und eine ganz andere, von den Stahl-, Lithium-, Glas-, Aluminium- oder Batterieherstellern zu verlangen, dass sie bei der Produktion ihrer Komponenten kein CO_2 erzeugen, was extrem kompliziert ist, denn die Umweltauswirkungen liegen in der Produktion, dem Aufladen oder dem Austausch, es sei denn, sie verschmutzen ein anderes Land.
Aber eins nach dem anderen. Die Geschwindigkeit, mit der die Produktion und der Verkauf dieser Autos zunehmen, geht nicht mit dem Preis einher. Die Preise für Elektroautos sinken nicht, obwohl ihre Verkäufe in allen Segmenten steigen, oder sie steigen nicht so schnell wie sie sollten. Das Beratungsunternehmen Jato Dynamics hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Preise für Elektroautos auf den drei wichtigsten Märkten der Welt verglichen werden. Die Unterschiede zwischen Europa, den Vereinigten Staaten und China sind handgreiflich. Während der Durchschnittspreis in Europa gestiegen ist, ist in China das Gegenteil der Fall.
Nach Angaben des Beratungsunternehmens ist der Durchschnittspreis für Elektrofahrzeuge zwischen 2015 und 2022 in Europa von 48'942 auf 55'821 Euro und in den USA von 53'038 auf 63'864 Euro gestiegen, und sowohl Krieg als auch Energieknappheit haben die Kosten weiter in die Höhe getrieben. In China hingegen ist der Trend genau umgekehrt: Der Preis fiel von 66'819 auf 31'829 Euro.
Neben dem durch diese Zahlen aufgezeigten Trend gibt es ein noch beunruhigenderes Problem. Elektrofahrzeuge sind immer noch viel teurer als ihre benzinbetriebenen Pendants, eine weitere Komponente der Wiederbeschaffungskosten in der Übergangsphase: 27 Prozent mehr in Europa und 43 Prozent mehr in den USA. Auch hier ist die Bilanz in China umgekehrt, wo Elektrofahrzeuge bereits 33 Prozent billiger sind als Verbrennungsfahrzeuge.
Und als ob das nicht genug wäre, verursacht die Produktion eines Elektroautos entgegen der landläufigen Meinung fast doppelt so viel Schadstoffe wie die eines normalen Autos. Einer der ersten Autokonzerne, der sich entschlossen hat, in den kommenden Jahren vollständig auf Elektrofahrzeuge umzusteigen, ist Volvo. Der schwedische Automobilhersteller, dessen Eigentümer die chinesische Geely-Gruppe ist, hat angekündigt, dass ab 2030 alle von ihm produzierten Modelle zu 100 Prozent elektrisch sein werden. Volvo beschloss, einen Bericht zu erstellen, in dem die CO_2-Bilanz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen und Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren, die mit fünf Prozent Ethanol betrieben werden, von der Herstellung bis zu einer Fahrleistung von 200'000 Kilometern verglichen wird.
Die Herstellung eines hundertprozentigen Elektroautos verursacht fast 70 Prozent mehr CO_2-Emissionen als die Herstellung desselben Automodells mit Verbrennungsmotor. Und wenn man die Rohstoffproduktion und die Herstellung von Batterien nicht miteinbezieht, ist die Verschmutzung in einem der beiden Bereiche fast 30 Prozent höher als im anderen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Elektroautos bestimmte Materialien wie Aluminium in einem höheren Anteil verwendet werden. Mit anderen Worten, die Idee der Nichtverschmutzung gilt für Europa, nicht für China. In Europa werden nur sechs Prozent der Batterien in 17 Fabriken hergestellt, die sich mit dieser Arbeit befassen.
Das zweitbeliebteste Herkunftsland der im letzten Jahr in Europa zugelassenen reinen Elektroautos war China. Insgesamt wurden von den 1,2 Millionen in Europa zugelassenen Elektroautos mehr als 222'000 Einheiten in China hergestellt. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle diese Autos ein chinesisches Abzeichen trugen. Tatsächlich stellte der asiatische Riese im Jahr 2022 18,7 Prozent der in Europa verkauften Elektroautos her und droht bereits, Deutschland zu entthronen. 52 Prozent der Tesla-Zulassungen in Europa entfallen auf in China hergestellte Modelle. Tatsächlich wurde Tesla zum grössten Importeur von in China hergestellten Elektroautos und überholte Marken wie Dacia, MG und Polestar, BMW, die alle in China hergestellt werden.
Die Kosten für den Betrieb eines Elektroautos variieren je nach Marke, Modell, Reichweite und Land. Am günstigsten sind sie in den Niederlanden, am teuersten in Dänemark. Die öffentlichen Ladestationen werden ebenfalls eine Herausforderung sein, da sie die Nachfrage in ganz Europa decken müssen. Derzeit gibt es in Europa 2,9 Millionen Ladestationen, bis 2030 werden 7 Millionen benötigt. Ähnliches gilt für die USA

und China, wo die Zahl der Ladestationen bis 2030 von 100'000 auf 1'200'000 bzw. von 1'150'000 auf 5'000'000 steigen müssen.
Die Batterien sind ein echtes Problem, sowohl in Bezug auf die Produktion, die Kosten für den Ersatz und das Recycling als auch auf die Umweltprobleme bei Überalterung und Entsorgung. Genau wie ein Mobiltelefon haben hundertprozentige Elektroautos Lithium-Ionen-Batterien, die Energie speichern und wieder aufladen können, wenn sie verbraucht ist. Das Problem entsteht, wenn diese Batterien so stark beansprucht werden, dass sie keine ausreichende Reichweite mehr bieten. Die grossen und schweren Batterien stellen eine eindeutige Gefahr für die Umwelt dar, weshalb das Recycling in der Branche zu einer Priorität geworden ist. Von der Gewinnung der für ihre Herstellung erforderlichen Rohstoffe bis hin zum Recycling am Ende ihrer Nutzungsdauer erzeugen Batterien eine Reihe von Schadstoffen, die nicht ignoriert werden können.
Der Austausch einer Batterie ist extrem teuer. Für ein Auto mit einer Reichweite von 250 Kilometern kostet er fast ein weiteres Auto und steigt je nach Reichweite. Die Idee ist die Einführung eines ‹Passes›, der jede Batterie von der Herstellung bis zum Recycling identifiziert, einschliesslich der gesamten Produktionskette, angefangen bei der Beschaffung der Materialien, aus denen die Batterie besteht. Für das Inkrafttreten dieser Verordnung gibt es bereits ein Datum. Ab 2027 müssen alle Batterien, die in der EU auf den Markt gebracht werden, hinsichtlich ihres Kohlenstoff-Fussabdrucks zertifiziert sein, und solche, die nicht zertifiziert sind oder die Grenzwerte überschreiten, dürfen nicht mehr verkauft werden.
All diese Probleme könnten – ausreichende Recyclingkapazitäten vorausgesetzt – die Energiewende weiter verzögern, da sie sich direkt auf den Preis der Batterien auswirken, der ein Schlüsselfaktor für ihre Demokratisierung ist: Seit letztem Jahr sind die Batteriepreise um mehr als sieben Prozent gestiegen. Mit 151 US-Dollar pro Kilowattstunde liegen die Kosten für Batterien immer noch weit über 100 Dollar/kWh – ein Preis, der als notwendiger Wendepunkt angesehen wird, damit Elektroautos mit konventionellen Autos mithalten können und für die Mehrheit zugänglich werden. Dieses Ziel hoffte die Autoindustrie bis 2024 zu erreichen, es könnte sich aber angesichts der neuen Schwierigkeiten um zwei weitere Jahre verzögern und die Kosten werden von den Verbrauchern zu tragen sein.
Volkswagen investiert seit 2018 in China und hat drei Fabriken für die Produktion von 40 Elektromodellen geplant; das dritte Werk in Anhui wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 in Betrieb genommen. Das Werk mit einer Fläche von 500'000 Quadratmetern wird zu den bereits in Betrieb befindlichen Werken in Anting und Foshan hinzukommen. Bis 2025 will die Volkswagen Group China jährlich bis zu 1,5 Millionen elektrifizierte Fahrzeuge ausliefern.
Dies ist zwar eine Strategie, die mit der Globalisierung zusammenhängt, aber angesichts des Krieges und der Energieknappheit wird sich der Volkswagen-Konzern mit seinen geplanten Batteriefabriken für Elektroautos in Europa Zeit lassen. Er hat die Europäische Union (EU) sogar direkt vorgewarnt, dass er seine Pläne zum Bau einer neuen Batteriefabrik in Osteuropa verschoben hat. Der Konzern könnte einer Fabrik in den USA den Vorzug geben, wo er über die gesamte Laufzeit des Werks bis zu zehn Milliarden Dollar an Zuschüssen und Subventionen erhalten würde.
Der US Inflation Reduction Act (IRA) mit 369 Milliarden Dollar an Subventionen für die sogenannten grünen Industrien zieht immer mehr Unternehmen aus allen Teilen sowohl Asiens als auch des Westens an, wie etwa Tesla, das beschlossen hat, seine Produktionskapazitäten in Berlin zugunsten von US-Fabriken zu reduzieren. Hier kommen mehrere Probleme zusammen: Energiemangel, Rohstoffkosten, Steueranreize für Investitionen und Subventionen für den Kauf von Elektrofahrzeugen für die Verbraucher.
Umfragen zeigen, dass junge Menschen keine Autos besitzen wollen. 30 Prozent der jungen deutschen Stadtbewohner sind nicht am Besitz eines Autos interessiert, weil sie es nicht brauchen – ihnen reichen gute öffentliche Verkehrsmittel. Die Realität ist, dass Autos und Motorräder 90 Prozent ihrer Nutzungszeit nicht bewegt werden. Carsharer wollen nur für das bezahlen, was sie tatsächlich nutzen, und schätzen es, dass sie keine grossen Ausgaben für den Kauf eines Fahrzeugs tätigen müssen und nicht an langfristige Ausgaben für Lizenzen, Versicherung und Wartung gebunden sind. Ausserdem handelt es sich bei den gemieteten Fahrzeugen häufig um Elektrofahrzeuge oder elektrifizierte Fahrzeuge der neuesten Generation, die als nachhaltiger wahrgenommen werden.
Der Verkehr macht etwa fünf Prozent des BIP der EU aus und beschäftigt mehr als zehn Millionen Menschen in Europa, sodass das Verkehrssystem für europäische Unternehmen und globale Lieferketten von entscheidender Bedeutung ist. Gleichzeitig verursacht der Verkehr bestimmte Kosten: Treibhausgasemissionen und Schadstoffe, Lärm, Staus und Verkehrsunfälle. Die Europäische Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen zur Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen des öffentlichen Verkehrs und des Verkehrs im Allgemeinen angenommen, die nichts mit den Zielvorgaben für die individuellen Autos zu tun haben.
Zur Laxheit der Massnahmen für den Verkehr im Allgemeinen kommt noch die Abstimmung im Europäischen Parlament im Februar hinzu, die nicht so durchschlagend ausfiel, wie es sich die Verfechter des Gesetzespakets aus Brüssel erhofft hatten. Dabei wurde der Plan, die Herstellung und den Verkauf von Fahr-

zeugen mit Verbrennungsmotoren ab 2035 schrittweise einzustellen, mit 340 Ja-Stimmen, aber 279 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen angenommen.
Die Unzulänglichkeit dieser Substitution löste in einigen Ländern Zweifel aus, sodass das Gesetz gelockert wurde, wenn bis 2050 synthetische Kraftstoffe oder Elektrokraftstoffe verwendet werden, was die Verbraucher teuer zu stehen kommt, denn e-Fuel ist 70 Prozent teurer als Benzin. 90 Prozent der verkauften Autos werden mit Verbrennungsmotoren angetrieben; und laut Daten macht die Automobilindustrie etwa fünf Prozent der Wirtschaft in Deutschland und 8,5 Prozent in Italien aus, die zusammen 40 Prozent der direkten Arbeitsplätze in der Branche stellen, das heisst etwa 3,5 Millionen Beschäftigte, elf Prozent aller Arbeitsplätze in Europa, mit einer offensichtlichen Abhängigkeit von der Herstellung von Autos mit Verbrennungsmotoren, wodurch ein grosser Teil der direkten und indirekten Arbeitsplätze in der Branche wegfallen würde.
Die Tatsache, dass weniger Umweltverschmutzung angestrebt wird, ist aus wirtschaftlicher Sicht ein zentrales Thema. Das Problem ist, dass sich die Geschäftsgrundlage für die Energiesubstitution auf der Grundlage billiger, nicht erneuerbarer russischer Energie geändert hat. In der Zwischenzeit sind die Speichertechniken komplex und die Absicherung der Diskontinuität der erneuerbaren Energieerzeugung (Solarenergie funktioniert, wenn die Sonne scheint und natürlich nicht in der Nacht, Windenergie, wenn der Wind weht) stützt sich auf fossile Energie, ebenso wie die Erzeugung erneuerbarer Energien.
All diese Unzulänglichkeiten gehen zu Lasten des Verbrauchers, der durch Inflation, steigende Energiepreise und Lohneinbussen jeden Tag weiter geschröpft wird. Es scheint keine grosse Rolle zu spielen, ob in anderen Ländern ökologische Katastrophen angerichtet werden oder nicht. Die Kriegsstruktur verbraucht fossile Energie, der Krieg hat zu einem erhöhten Verbrauch von Kohle, Atomenergie usw. geführt. Die zunehmende Inflation und die steigenden Kosten sowie die sich abzeichnende Rezession scheinen nicht dazu beizutragen, eine rasche Energiesubstitution zu fördern.
Höhere Energiekosten können angesichts der Deindustrialisierung Europas zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit führen. Der Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund des Gedankens, die Umweltverschmutzung durch Transportmittel zu verringern, die aus China importiert werden müssen, mehr Ersatzteile, Zubehör, Batterien usw. sind nicht mit dem europäischen Lebensstandard in naher Zukunft vereinbar.
Alejandro Marcó del Pont aus Argentinien ist Ökonom und Herausgeber des Blogs El Tábano Economista
Übersetzung: Roland Häberle, Amerika21
Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=101028

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
МИР
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שרום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM
FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN
Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

© FIGU 2023
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber ------der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.

Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz